

Übernahmepreis
abzüglich der regulären Übernahmegebühren
Brüder Brösel - Berlin - Stück für
die im Rahmen und Supplikation
durch den Block geprägten 20 Pf.
Kauf Nr. 5000 - Vier Repro
pro Werteblatt 20 Pf. Mindest
Bestellwert für Deutschland und
Österreich - Reparatur 5 Pf. für das
Ausland 7 Pf. pro Wertblatt
jetzt.

Redaktion
Saxingerstraße 21, 2 Et.
Berechtigte
mit Ausdruck von 12 bis 1 Uhr.
Kontakt: Nr. 8665.

Telegramm-Adresse:
"Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 282.

Dresden, Donnerstag den 5. Dezember 1907.

18. Jahrg.

Arbeiter, Dreiklassenwähler! Gestaltet die Wahlkampfversammlungen zu Massenkundgebungen!

Eine Block- und Bülowkrise.

Vom frühen Vormittag des Mittwoch an war der Reichskanzler im Parlamentsgebäude, um mit den Führern des Blocks die völlig verantwortete Situation zu besprechen. Der heitige Angriff des Abgeordneten Baasche in der Dienstausschusssitzung, über den wir ausführlich berichtet haben, hatte ihm gezeigt, daß er nicht einmal im Nebenfragen auf eine sichere Mehrheit rechnen kann. Klagen führt er seiner Leibgarde vor, daß sie doch nicht wild gegeneinander schlagen dürfen, wenn sie nicht ihn und die Existenz des Blocks gefährden wollten. Die Voge ist für ihn schlechtbin verzweifelt, in den wichtigsten Dingen läßt der Block weit auseinander. Die Konservativen erlauben, daß sie niemals direkte Reichsteuern bewilligen werden; die Freikonservativen dagegen wollen in diesem Punkte nachgeben; die Nationalliberalen verlangen einen Ausbau der Erbschaftsteuer und die Erführung einer Reichsvermögenssteuer — also direkte Reichsteuern —, indem sie sich zugleich die Stellung zu etwaigen Monopolplänen abdrücklich vorbehalten; die Linksliberalen befürchten schärfer, daß sie unter keinen Umständen für indirekte Steuern oder für Monopole zu haben seien; die Antisemiten fürchten den Zorn des Volkes und wehren sich ebenfalls gegen indirekte Steuern; das Zentrum, hierin den Konservativen am nächsten stehend, hält sich die Hand fest, würde aber gewiß nicht ungern sehen, daß sich der Block mit dem Blaue einer neuen Massenbelastung beschäftigt. Und das Vereinsgesetz: die freisinnigen Gruppen haben einstimmig beschlossen, daß sie den berüchtigten § 7 mit dem Sprachenverbote rundweg ablehnen und daß Vereinsrecht auch auf die Landarbeiter ausgedehnt wissen wollen, ein Schlag gegen die Polenpolitik Bülow's und gegen die Uebertreibungen des Junkers, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. In den Militärfragen, wie sie Harden aufgedeckt hat, der bittere Zwischenfall Baasches, — also ein völliges Durcheinander. Dabei aber auch in der Regierung keine Einheit. Rheinbaben, Preußens Finanzminister, in schroffer Opposition gegen die Weisheit des Blocks, den doch Bülow zum Scheitel Macht gebildet hat; und neben dem preußischen sicherlich auch alle einzelflaklichen Minister. Dann der Widerspruch in der Behandlung der Korruptionssäulen zwischen dem Kriegsminister und dem Fürsten Bülow. Also auch hier alles darüber und drunter. Dabei der Kaiser fern vom Schauspiel solcher Ereignisse. Immer erst mühsam durch den Telegraphen zu erreichen und auch mit diesem offenbar nur schwierig zu informieren.

Eine heitere Geschichte! In dieser tödlichen Verlegenheit kam dem Fürsten Bülow, diesem „genialen Staatsmann“, kein anderer Gedanke, als der, wenigstens einen Tag Zeit zu gewinnen und darum verpflichtete er die Führer des Blocks, die Staatsberatungen pünktlich abzubrechen und nur noch dem Kriegsminister Gelegenheit zu einer Erklärung zu geben. Aber fehlte dieses jämmerliche Auskunftsmitteilung wurde durch die übernatürliche Ungehorsamkeit des Reichstagspräsidenten und des geistvollen Freiheitsführers Wiener zerstört. Der Abgeordnete Singer fuhr den Herrschaften mit einer geschickten Bemerkung zur Geschäftseröffnung in die Parade und zwang sie so, ihre heilsame Konfession offen einzugeben. Ein blamierendes Schauspiel, daß biejenigen, die sich die Herrschaft des Volkes annehmen möchten, nicht einmal ihre eigenen Geschäfte mit leidlicher Geschicklichkeit zu führen verstehen.

Nachdem die denkwürdige kurze Sitzung geschlossen war, begannen die Verhandlungen der Blockparteien mit dem Reichskanzler von neuem. Es wird gewiß gelingen, den Bruch noch eine Weile aufzuschieben. Jedenfalls aber ist das eine Not, daß eine Gruppe des Blocks und eine Gruppe der Regierung die andere besiegen muß, wenn der Karren vorausgeschoben werden soll. Wie das Duell Rheinbaben-Bülow ausgehen wird, ist noch nicht klar zu erkennen.

Für uns Sozialdemokraten liegt keine Verantlastung vor, uns in die Streitigkeiten der Blaubeer einzumischen. Wir können Gewehr bei Fuß der Entwicklung der Dinge zuschauen und haben nur nötig, die Grundsätze

unserer Politik nachdrücklich in den Vordergrund zu schieben.

In den Kreisen der Nationalliberalen sprach man am Mittwoch davon, daß nur eine Reichstagsauflösung aus der schlimmen Lage herausheben kann. Uns soll es recht sein. Wir sind gerüstet und sehen auch dieser Möglichkeit mit vollkommenster Ruhe entgegen. Indessen dürfte die Regierung zu einer soliden Wahlregel wenig Neigung verspüren, denn es ist für sie doch wahrlich keine gute Wahlparole, dem Volke mit neuen — Steuerplänen zu kommen, über die sie sich selbst nicht einmal klar und einig ist! Wir erwähnen das Gerücht deshalb auch nur, weil wir unsere Leute nicht überraschen lassen wollen.

Aus den ganzen gräßlichen Auseinandersetzungen geht das eine mit vollkommener Klarheit hervor: das System der persönlichen Regierung ist im rotschen Abwirtschaften begriffen! Was wir brauchen, sind parlamentarische Zustände, die die Mehrheit im Reichstag auch mit der Verantwortlichkeit für die eingeschlagene Politik beladen. Das Fortwurzeln, bloß um Bülow auf dem Kanzlersstuhl zu erhalten, ist nicht nur widerwärtig, sondern auch im höchsten Grade gemeinhändig.

Ob daher der Block noch einmal zusammengefügt, das Blatt noch einmal stolt gemacht wird, auf jeden Fall müssen wir mit erneutem Nachdruck die Auflösung des Volkes betreiben und unsere zielstrebige und organisch gestaltete Politik zu neuen Siegen führen. Dazu drängen auch die Verhältnisse in Sachsen und in Preußen, wo die Herrschaft einer kleinen Minderheit des Volkes allmählich unthalbar geworden ist. Die Protestbewegung in der Wahlrechtsfrage, die jetzt unsere Partei in Sachsen beginnt, findet so ihre natürliche Ergänzung in einer gleichzeitigen Bedeutung der Verhältnisse im Reich.

Zwei Stunden nach der plötzlichen Vertagung des Reichstags erschien die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Sie zählt aller Welt, was der Block im Reichstage nicht hätte aussprechen sollen. An ihrer Spitze findet sich eine Erklärung, die folgendermaßen lautet:

Der Reichskanzler Fürst von Bülow begab sich heute vor Eröffnung der Sitzung nach dem Reichstage, wo er die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung bitten ließ. Den Anlaß dazu haben dem Reichskanzler die Vorhänge der getrennten (Dienstsitz-)Sitzung geboten. Es erscheint anschließend, die Geschäfte im Sinne der am 13. Dezember v. J. inangewandten Politik zu führen, wenn die zum Zusammenswirken berufenen Parteien in ihrem parlamentarischen Auftreten nach dem gestern gegebenen Beispiel fortfahren, gegeneinander oder gegen die Regierung zu kämpfen. An folgedessen wurde die heutige Sitzung nach einer gegen die getrennten Bemerkungen des Abg. Baasche gerichteten Rede des Kriegsministers v. Emen abgebrochen und auf morgen vertagt.

Soviel steht also in diesem Augenblick schon fest, daß das Fortleben des Bülowblocks nur mehr möglich ist in Form eines in Permanenz erklärten Standorts. Für Bülow stellt ja in seiner Erklärung dem Block das Ultimatum: Entweder die Blockparteien verpflichten sich zum stummen Radavergehenjam gegenüber der Regierung, oder der Block fliegt auseinander! Aber noch mehr als das. Die Erklärung des Fürsten Bülow bezichtigt nicht bloß auf die Rede des Abg. Baasche, sondern auch auf die Ausführungen der Abg. Schröder und Wagner. Die Einwendungen, die diese Herren gegen die Politik der Konventionen zu machen hatten, haben dem Reichskanzler gleichfalls mißfallen. Dergleichen darf, wenn der Block weiterleben soll, nicht mehr vorkommen! Was also als Bedingung für die Fortsetzung des Blocks gefordert wird, ist der doppelte Knoten der Nationalliberalen vor dem Kriegsminister und der Freiheitlichen vor den Junkern.

Herr Baasche ist ja, nach seinem Auftritt in der Mittwochsitzung zu schließen, zur Unterwerfung schon durchaus entschlossen. Es war ein höchst unmündiges Schauspiel, wie sich dieser Vizepräsident der deutschen Volksvertretung vor Herren v. Einem in Wort, Ton und Gebärde förmlich entschuldigte und entschuldigte, obwohl er vollständig im Recht gewesen war. Für die scheinlichen Vorhänge in der Armee, für die Verkleidung des geschichtlichen Verfahrens ist dem Reichstag der preußische Kriegsminister verantwortlich, mag er sich so laub und blind stellen, wie er will. Eine Beilegung des Konflikts ist daher gar nicht möglich ohne die tiefste Selbstentwürdigung der Blockparteien.

In nicht-absolutistischen Ländern wären Vorgänge, wie sie sich jetzt wiederum im Reiche ereignen, überhaupt nicht denkbar. In Preußen - Deutschland freilich ist nie etwas gewiß, als das Ungewisse.

Man wartet auf ein Telegramm aus Highcliffe.

Die Versöhnungs-Vision.

Man schlägt sich — und verteidigt sich.

Berlin, 5. Dezember. Gestern nachmittag um 5 Uhr versammelten sich, nachdem die Fraktionen zunächst getrennt beraten hatten, die Delegierten der Blaubeerparteien zu einer gemeinsamen Beratung. Es wurde beschlossen, daß heute vor Beginn der Reichstagsöffnung die geplante Kundgebung stattfinden sollte. Der konservative Abgeordnete v. Normann wird erklären, daß seine Partei an der Blaubeerpolitik festhalten und möglichst alles vermieden will, was die Blaubeerparteien trennen könnte. Dann wird namens der Nationalliberalen Bössermann eine ähnliche Erklärung abgeben, worauf namens der freisinnigen Partei wahrscheinlich Wiener sich den Vortredern anschließen wird.

Berlin, 5. Dezember. Dem Berliner Postanzeiger zufolge hat noch gestern abend eine Aussprache zwischen dem Kriegsminister und dem Abgeordneten Baasche stattgefunden. Die Untertragung lang in die Vergangenheit aus, doch man mit den Empfehlungen der alten ehemaligen Freundschaft von einander loside, da man überzeugt sei, daß jeder von seiner Stelle aus loyal gehandelt habe.

Der Staat — das sind wir! Die Wahlrechtsdebatte im Landtag.

Es ist zu befürchten, daß Sachsen bei der nächsten Reichstagswahl ein krasstes Königreich wird, wenn das gegenwärtige Wahlrecht bestehen bleibt.

Abg. O. v. O.

Endlich sind die Tage gekommen, da sich die aus den Dreiklassenwahlen hervorgegangene Zweite Kammer des sächsischen Landtages mit der Bekämpfung eben dieses Dreiklassenwahlrechts beschäftigt. Es ist der zweite Versuch dieser Art. Der erste Versuch, den Herr v. Meyn nach dem „erfolgreichen Reichstagswahlergebnis“ von 1903 unternommen hatte, war gescheitert und es bedurfte erst der großen Volksbewegung im November und Dezember 1905, um die Regierung und die in der Stadt agierenden Parteien zu zwingen, daß sie die Absicht, der Reform des Dreiklassenwahlrechts auszuweichen, aufgeben mußten. Damals wurde ein neuer Versuch zur Wahlrechtsreform angekündigt. Herr v. Meyn wurde das Vorrecht der Volksbefragung, und dem neuen Minister Grafen v. Hohenlohe wurde als Hauptaufgabe die Schaffung eines neuen Wahlrechts gestellt. Jetzt unterliegt die Vorlage des Grafen Hohenlohe der Kammerberatung, viele Vorlage, die zwar das Dreiklassenwahlrecht beleidigt und auch der Arbeitersklasse einzelne Mandate anträgt, die aber ein neues, zässiges entgleites Unrecht an die Stelle des alten legt.

Am ersten Tag der Kammerberatung zeigten sich die Zuhörertribünen überfüllt, Angehörige der Arbeitersklasse waren zahlreich erschienen, — ein Zeichen ihres andauernden Interesses für diese bedeutende Sonderfrage. Auf einer der referierten Tribünen lag man auch in der ersten Reihe den früheren Regierungschefs v. Meyn, den Schöpfer des Dreiklassenrechts und das Vorrecht des Dreiklassenrechts; ihn lohnt wohl die Begier, zu schauen, wie es seinem Amtsvorhaber vor der Kammer ergehen möge. Nun — die Rolle, die Graf v. Hohenlohe und sein Erfolg an diesem ersten großen Tage ihres parlamentarischen Auftritts spielen, konnte sicherlich den Reiz des Vorhangs auf der Bühne nicht entlocken. Graf v. Hohenlohe erwirkt sich angelässt dieser erhöhte politische Aufgabe keineswegs auf hoher Warte und sehr konzentriert, der Gehirne Regierungsrat Heinl — anstrengend der eigentliche Macher der sogenannten Begründung zur Vorlage —, welche eine mehr als tragödiale Rolle. Die neuen Herren sind nicht weniger reaktionär als die alten, aber an Häufigkeit, ihre üble Sache zu vertreten, liegen sie hinter ihren Vorgängern noch zurück.

Graf v. Hohenlohe nahm am Mittwoch bald das Wort, er bekräftigte sich darauf, einige allgemeine Betrachtungen über die Wahlrechtsfrage und über die Abstimmung anzustellen, die der Regierungsvorlage zugrunde liegen. Der Minister ging von dem Auftrag aus, den ihm der Adm. gegeben, und von dem Wunsche des Königs, „die Freude aller Staatsangehörigen an den sächsischen Staatsinstituten zu befestigen“. Wie aber will Herr v. Hohenlohe diese Aufgabe vollbringen? Er kann es logisch und er kann damit nur die sächsische Nationalitätsberatung in einer Gleichberechtigung fort: Vor allem sollen bei der Wahlrechtsreform die „hauptschaffenden Elemente“

Interesse
werden. Da 6 geplante Wahlkreise über dem Raum von 20 M. verstreut sind und entsprechend unterschiedliche Bevölkerungen mit Wahlkreisen gesetzt. Bevölkerung 20 M. wählen 10 Wahlkreise und sind in der Regel 100000 Seelen.

Expedition:
Saxingerstraße 21, post.
Geschäftsjahr von morgen 8 Uhr
abends 7 Uhr.
Telefon: Nr. 1798.

Früher täglich mit Zusatzblätter
Sommer und Winter.

und Togo Waldemar Hora ist der Termin zur Verhandlung über die vom dem Angeklagten eingelagerte Berufung auf den 11. De- zember vor dem Disziplinarhof für die Schutzgebiete für Berlin angekündigt worden. Der Staatsanwalt hatte seinerzeit gegen das Urteil keine Berufung eingereicht.

Hohenau und Lützow haben sich, wie der Kriegsminister in seiner Reichstagsrede mitteilte, dem Gericht gestellt. Nach einem im Reichstag verdeckten Gericht befinden sich beide bereits in Untersuchungshaft.

5. Eine staatsgefährliche Begrüßung. Auf seiner Reise zum Internationalen Kongreß in Stuttgart nahm der österreichische Fürstgenosse Ritter-Urga in Augsburg kurze Zeit Aufenthalt, um in einer kurzen Ansprache seine in Augsburg arbeitenden tschechischen Landsleute zu begrüßen. Ein gelber Denunziant berichtete der Polizei von dieser „geheimen Versammlung“. Daraufhin wurde der Einbrecher zu „1 Gulden“ Strafe verurteilt.

kleine politische Nachrichten. Auf Antrag des französischen Gesandtschaftsministers in eine Beleidigungsklage gegen den Amtshilfsträger Professor Dr. v. S. angeklagt worden, wegen eines Artikels, der in der Zeitung „Gazette Sociale“ erschienen ist und in dem Professor Herold zu Solingen, die in Marokko kämpfen, mit den Gewerkschaften bei Guerre vergleicht und für die einen wie für die anderen die gleiche Verteilung verlangt. — Die Pariser Blätter berichten, die Räterversammlung, deren Mitglieder teils von Clemenceau, teils vom Kriegsminister bestimmt werden, sind, bestimmt nach Alger zu reisen, zu der Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die arabische Bevölkerung von Algerien zu prüfen. Sie haben der währendigen Kreise rund 100000 Mann verändert, so dass es ein leichtes wäre, zwei Armeekorps mit insgesamt 200000 Mann dorthin zu führen. Die beiden Armeekorps müssten probeweise zur Verstärkung der französischen Grenze herangezogen werden. Die Abordnung wird ihre Arbeiten bereits am 31. Dezember beendet haben und es ist möglich, dass in der Räumezeit bis dahin die endgültige Lösung eines Gegenentwurfs auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die arabische Bevölkerung von Algerien eingebrochen wird.

Rusland.

Österreich-Ungarn.

Bericht und Prognose.

Budapest, 4. Dezember. Ministerpräsident Teleki bestimmt in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Interpellation Popović (Kroate) wegen der kroatischen Angelegenheiten. Der Ministerpräsident bezeichnete es als ungünstiges Vorzeichen, dass die ungarischen Abgeordneten aus Kroaten mit den südslawischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats Verbindungen unterhalten und ihr politisches Vorgehen von fremden Staatsbürgern beeinflussen ließen. Was die Ausübung des kroatischen Votums betrifft, so ist sie keine Drohung sein. Die Regierung wird, sagte der Ministerpräsident, in Kroatien ihre streng verfassungsmäßigen Rechte forsernen und feststellen, wenn die kroatischen Abgeordneten dies unmöglich machen sollten, den Boden der Gleichheit nicht verschließen. Sie wird die im Programm verpredeten Reformen verhindern und am ungarisch-kroatischen Ausgleich unabänderlich behindern, in der Hoffnung, dass die öffentliche Meinung Kroatiens ihre Bestrebungen anzuerkennen wird.

Italien.

Gegen den Streik in den öffentlichen Diensten.

(S. v.) Rom, 3. Dezember. Der Minister für Landwirtschaft, Industrie und Handel hat der Kammer einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der obligatorische Schiedsgerichte für die Arbeiter in öffentlichen Diensten einzuführen will. Als öffentliche Dienste im Sinne des Gesetzes gelten — auch wenn sie von privaten Unternehmen betrieben werden: — Krankenpflege, Versorgung der Insassen öffentlicher Anstalten und Gefängnisse, Straßenbeleuchtung und Wasserleitung, öffentliche Verkehrsmittel und Stromversorgung. Für alle in diesen Diensten beschäftigten Arbeiter sollen in einem besonderen Reglement Lohnsätze und Arbeitszeit festgelegt werden. Entstehen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmen, so ist ein Schiedsgericht einzurufen, zu dessen Mitgliedern, zwei von den Arbeitern und zwei von den Unternehmen gewählt werden und diese vier selbst ihren Vorsitzenden bezeichnen. Der Entscheid des Schiedsgerichts ist bindend und es kann nur auf Grund von Formfehlern Berufung gegen ihn bei den Gerichten eingelegt werden. Wenn die Arbeiter ihren Arbeitskontakt, der auf die Dauer eines Jahres geschlossen wird, nicht erhalten, oder den Entscheid des Schiedsgerichts nicht annehmen, so dürfen sie ihre Kavution einholen. Diese Kavution betrifft bei Kontrakten von der Dauer eines Jahres einen Monatsabstand, bei längeren Kontrakten den Gehalt zweier Monate, und wird durch Einbehaltung von höchstens 10 Prozent des Gehaltes gebildet. Natürlich werden die Kontrahenten auch entlassen; keiner kann der Unternehmer drohen sich etwaigen Schaden verlangen.

Über das Zustandekommen dieses Gesetzes, dass übrigens die Streiks auch nicht verhindern könnte, werden die italienischen Arbeitersorganisationen wohl noch ein Wörtchen mitreden.

Marsotto.
Aufruf zum heiligen Kriege.

Tanger, 4. Dezember. Ein heute von Melilla angelommener Dampfer bringt die Nachricht, dass im Krieg der heilige Krieg gegen Frankreich gepredigt wird. Der Präsident und zu Hamra kämpfen mit den Beni-Snassen gemeinsam; ebenso soll um Casablanca viel vom heiligen Krieg geredet werden. Bei den Verhandlungen zwischen dem französischen Generalen und dem Sultan soll dieser jetzt Schwierigkeiten machen und den Generalen hingehalten verschicken.

Paris, 4. Dezember. Zwei Torpedoboote sind aus Toulon an die marokkanische Küste abgezogen worden, um den Waffenstillstand zu verhindern. Die Wahrnehmung dürfte mit der Meldung im Zusammenhang stehen, dass die Beni-Snassen vor der Küste aus mit Schiffen und Munition versorgt werden. Ferner erhält der Torpedoboots-Captain, der gegenwärtig im Seefest Kriegshafen aufgedockt ist, den Befehl gegen den 10. Dezember nach Marokko abzugehen.

Paris, 4. Dezember. Dem Temps wird aus Tanger geschildert, dass die Nachrichten über die Kämpfe an der algerisch-marokkanischen Grenze und über die Niederlage der Schwarzen-Armee der Mauretanien begebracht hat, dass die Einwohner einen bedenklichen Eindruck gemacht haben. Sie seien überzeugt, dass die Franzosen genötigt gewesen seien, Marokko zu räumen, und dass ganz Süd-Orient bedroht sei. Man wünsche sich auf schlimme Radikale aus Casablanca gesetzt machen.

Südafrika.

Der Bataillonskampf.

London, 4. Dezember. Die Lage in Natal ist offenbar sehr ernst. Bululand ist in Belagerungsguss und erläutert. Alle Feuerwerke sind aufgeboten, und 1500 Mann unter Oberst Sir Duncan MacKenzie sind zum Abmarsch in das Aufstandsgebiet bereit. Die Regierung hat starke Verteilung der Grenze gegen Natal angeordnet und ihre Hilfe angeboten. Gleichermaßen ist die Standortstellung. Auch die Haltung der Engländeren außerhalb des Bululandes ist so drohend geworden,

dass von der Sanktierung von Reichstruppen gesprochen wird. Die weiße Bevölkerung Natal ist ungehalten wegen des Stillstandes der Regierung über die Lage. Der Aufenthalt Dinizius ist noch immer unbekannt.

Die Regierung von Natal hatte bereits im vorigen Jahr mit einem Englandsauftand zu schaffen. Zwölf Engländer waren im Frühjahr wegen Ermordung von Mannschaften der Polizeitruppe hingerichtet worden, nachdem die Regierung in London, um eine Kabinettssitzung in Natal zu vermeiden, ihren anfänglichen Protest zurückgenommen hatte. Der Aufstand, der die Folge der Sanktionen war, konnte erst nach militärischen Operationen von mehrwöchiger Dauer niedergeschlagen werden.

Amerika.

Westsuffolk. Kongressabschluss.

Westerfield, 4. Dezember. Westsuffolk hat dem Kongress eine programmatic Erklärung zugehen lassen. Sie ruft vielfach Entwicklungshilfe herbei. Man befürchtet besonders die Wiederholung jenen früher vorbereiteten allgemeinen Wendungen und die Verhüllung, die eigene Politik des Präsidenten zu verdecken, ohne das bestimmt Klärung angeknüpft werden. Den Rat Roosevelt hat die Regierung bis nach der Wahl zu verschieben, bezeichnet man als ein alles politischen Mandat, das den Gläubern erweisen sollte, als sei die republikanische Partei der Tarifänderung geneigt; innerhalb liegt darin das Zugehörnis, dass das Verlangen nach der Reform sehr stark sei.

Sächsischer Landtag.

II. Kamm.

82. Sitzung am 5. Dezember 1907.

Fortschreibung der Wahlrechtsverhandlungen.

Abg. Ulrich (Conf.): Es halte es durchaus für richtig, dass bei Abstimmung des Wahlrechtsentwurfs die Verhältnisse berücksichtigt werden seien, die in Sachsen infolge der Stärke der Sozialdemokratie herrschen. Man habe niemals gezeigt, dass man bei der Gelehrung mit der Partei rechnen müsse, die Thron und Altar, ja, die ganze Ordnung bekämpft, auf der der heutige Staat beruht. Mit einer solchen Partei kann ein beständiger Staat nicht arbeiten, und der Selbstbehauptungsbereich gehöre den bürgerlichen Parteien, diese Partei nicht zur Herrschaft kommen zu lassen. Es werde immer bestreiten, dass die Sozialdemokratie revolutionär sei. Hier allerdings spielt der sozialdemokratische Vertreter die Rolle eines Revolutionärs in Schulhof und Pantoffeln, möglicherweise auch ein ganzes Habitus paßt. (Lach.) Doch kann über den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie kein Zweifel bestehen. Der Abg. Goldstein habe den Antisemitismus als die größte Schande des Jahrhunderts bezeichnet. Es hat gerade noch gegeben, dass ein sozialdemokratischer Vertreter mit einem Fürstentum zu treiben versucht. Es sollte sich der Abg. Goldstein in seiner eigenen Partei umsehen, da würde er finden, dass dort der Antisemitismus reichende Fortschritte macht. — Man habe bei Erfüllung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auf den allgemeinen Ausfall der letzten Reichstagswahl verzichtet. Beträchtet man sich über die Stimmenzahlen, so ergibt sich, dass nicht die Abstimmenden, sondern die Sozialdemokratie und das Zentrum die größte Stimmenzahl haben. Das darf man nicht übersehen. Für Sachsen liege besonderer Anlass vor, da die Stimmenzahl der Sozialdemokratie bei Veratung einer Wahlrechtsvorlage Rückicht zu nehmen. Der Abg. Goldstein habe gesagt, eine völlige Gleichheit aller Menschen könne nicht erreicht werden. (Sehr richtig!) Daraus schließe ich, dass auch das Wahlrecht nicht gleich sein darf. Die Verschiedenheit der Menschen könnte besonders bei einem Pluralwahlrecht berücksichtigt werden. Es sei aber nicht daran zu denken, mit einer Quorumabstimmung auszukommen. Es müssen dabei neben dem Alter auch die rechtsschaffenden Verhältnisse berücksichtigt werden. Doch dürfe die Stimmenzählung auch keine zu große sein, weil sonst die sozialdemokratischen Vertreter ganz ausgeschaltet werden könnten. Und das wollen wir nicht; wir wünschen vielmehr, dass der Abg. Goldstein nicht der einzige sozialdemokratische Vertreter bleibt, weil er eine progez. Anzahl Abhänger hinter sich hat. Es darf aber die Zahl der Sozialdemokratien auch nicht zu groß werden. Doch 10, 12 bis 15 Sozialdemokratien werden wie vertragen können. (Heiterkeit.) Zu bedauern sei, dass man das ständige System bisher nicht mit in Erwägung gezogen hat. Bei einem solchen System könnte man die Stimmen wägen und auch zählen.

Staatsminister Graf Hohenlohe: Die Regierung habe auch die Einführung eines ständigen Systems erwogen; sie hat sich aber überzeugen müssen, dass ein solches undurchführbar ist. Die Verhältnisse haben sich verschiedenartig entwidelt, dass die Einführung eines ständigen Systems die Proklamation des Kommisses aller gegen alle hätte. (Sehr richtig!) Das Kommunalwahlrecht ist am bestenst bestimmt worden. Ich möchte aber doch darauf verweisen, dass Männer wie Schäffler, Georgi und der Kreischausmann v. Ehrenstein sich dafür ausgesprochen haben. Wenn sich solche Männer für dieses System erklären, kann es so schlecht doch nicht sein. Die Regierung erachtet in den Kommunalwahlen keine indirekten, sondern direkte Wahlen. Es sollen ja auch die Bezirksverbände dazu erweitert werden. Der Einwand, dass man keine Verbände in diese Körperschaften tragen solle, kann nicht durchdringen, es kann darin schlimme Folgen nicht erledigen. Den Einfluss des Amtshauptmanns, der dem Deutschen und dem Tod bestreitet, sich dadurch einen Einfluss höher, so hält ich das für Unzulässig. Es ist schließlich auch eine Mobilisierung der Kommunalwahlen insofern möglich, dass die Delegierten zusammengetreten und auf Grund von Verhältnisswahlen die Abgeordneten wählen. Der Deutzerwendet sich abschließend zu dem Pluralwahlrecht und verweist auf die Ausführungen des Ministers v. Reichenbach im vorigen Landtag, die sich gegen dieses System richten. Wenn, so führt er dann fort, ein Pluralwahlrecht ein genügend Schutz gegen die Sozialdemokratie sei, muss die Stimmenzählung eine große sein. Ein solches Wahlrecht kann aber noch größere Ungleichheiten wiedergeben als das jetzige Wahlrecht. Das wird sich darüber noch reden lassen.

Abg. Ulrich (Querfurth Conf.): Nach der Rechtsvorlagevorlage sollte der Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Kreisen bestehen. Es würde er für einen großen Nachteil halten. (Sehr richtig!) Man habe die Sache so dargestellt, als sollte durch die Unterscheidung der Wahlkreise in städtische und ländliche eine besondere Verhältnisstellung der landwirtschaftlichen und industriellen Interessen erzielt werden. Das ist aber ein Irrtum. Was erreicht werden sollte, sei ein besonderer Rücksichtnahme auf die Besonderheit der kommunalen Interessen in den Städten und auf dem Lande. Und eine solche Besonderheit besteht auch heute noch, und man müsste sie berücksichtigen bei der Wahlrechtsenteilung.

Dr. Langhammer (Conf.): Es sei verfehlt, ein Wahlrecht unter Berücksichtigung der Sozialdemokratie aufzustellen, denn durch ein Wahlrecht werde man die Sozialdemokratie nicht überwinden. Der Redner geht dann auf die früheren Wahlrechtsverhandlungen und die Denkschrift der Regierung von 1904 ein und besagt, es sei ein Vorteil, dass der jetzige Minister des Innern bestimmt Wahlordnung unterbreite habe. Der Regierungskonsolidar Druck habe einen Ton angedeutet, der im Reichstag unanständig gewesen wäre. Dieses Verhalten habe an den Ton erinnert, den viele Amtshauptleute angeschlagen haben. Aber gerade dieser Anstand erwede in erster Linie bei ihm Bedenken gegen die Wahlen durch Kommunalwahlen, wo in der Amtshauptmann den größten Einfluss ausüben könnte. Mit seinen überreichen Freunden auf der Linken, den Freisinnigen, kann auch viele Nationalliberalen der Ansicht, dass das ständige Wahlrecht auch in den Bundesstaaten eingeführt werden könnte. Ich rede jetzt die Wohlhabenden gegenüber, die gegenüber liegen müssen. Ich rede jetzt die Wohlhabenden gegenüber, die die Rechte der Arbeiter vertragen. Sie sind vom Sozial und wiesen ungern drei Rentner. Teile des Staates sind ganz kurz lang. Auch ein Quantum Del wurde gehandelt. Das Blatt hat numeriert, und man glaubt, sie gehören zur Wahrheit.

Die Kommunalwahlen in Norwegen.

Christiania, 5. Dezember. Die Kommunalwahlen im ganzen Lande fanden unter starker Beteiligung statt. Die Frauen stimmen in ihrer Mehrzahl für die reaktionären Parteien. In Christiania ergaben nur einen Stimmenzuwachs von 55 Prozent. Gewählt wurden 27 Sozialisten, 10 Radikale, 3 Liberalen und 4 Konservative und Liberale. — In Bergen wurden gewählt: 24 Sozialisten, 14 Radikale, 9 Liberalen und 2 Konservative und Liberale. — In 12 kleineren Städten, von denen bisher Wahlrechtsvorlagen vorliegen, wurden 103 Sozialisten gewählt.

Erfreut habe ich mich auch darüber, dass der Abg. Goldstein eine Bereitschaft erklärt hat, der Wahlrechtsdebatte beizutreten. Man erkennt daraus, dass die Sozialdemokratie doch nicht so revolutionär und unantastbar ist, wie es manchmal den Anschein hat. Er hofft auch, dass der Abg. Goldstein in der Deputation mitarbeiten und seine Ansicht im einzelnen genau machen will. (Zum Abg. Goldstein: Wer soll ich denn machen? — Heiterkeit.) Der Einwand ist sehr kurioserlich. Keineswegs, wenn ich in mir ein System einzuführen möchte, ist der Abg. Goldstein, müsste ich vielleicht auch nicht, was ich in der Deputation machen sollte. Wenn auch verhindertes darauf hindeutet, dass die Sozialdemokratie nicht mehr so von internationalen Gesetzen beeinflusst ist wie früher, so deutet doch die furchtlos gemachte Erledigung auf der Panzerstraße in Berlin darauf hin, dass einzelne Sozialdemokratie noch mit militärischen Revolutionen in Verbindung stehen.

Wenn ich meine Stellung und meine Forderungen herausgestellt habe, so kann ich dazu sagen, dass wir folgende Ansprüche an eine Wahlrechtsreform stellen: Vor allem verlangen wir ein einheitliches Wahlrecht, das ein Wettbewerb aller bürgerlichen Parteien ermöglicht und ausdrückt. Wir streben nach dem allgemeinen Wahlrecht, darüber aber die Wahlrechte zu dem 1898er Wahlrecht ablehnen. Werner halten wir unbedingt am geheimen Wahlrecht fest. Die Kommunalwahlen lehnen wir ab. Auf die Kommunalwahlen würden wir unter Umständen ganz verzichten, wenn durch dieses System ein Wahlrechtsentwurf erledigt wird. Dagegen lehnen wir über einen Provisoriumsvertrag vollständig ab. Wir wollen nicht, dass der Abgeordnete von seinem Kreis getrennt wird. Die Siedlung in ländliche und städtische Wahlkreise, die der Abg. Querfurth verteidigt hat, lehnen wir ab. Es würde eine solche Wahlrechtsenteilung zu einem besondern Pluralwahlrecht für die Wähler auf dem Lande führen. Wir fordern ferner, dass die Abgeordneten auf Grund eines gemäßigten Pluralwahlrechts gewählt werden. Was heißt gemäßigt? Als unmöglich kann man eine Stimmenzählung bis 20 bezeichnen; ich halte aber auch viele Stimmen für zuviel; ich halte eine Zugestimmtheit, höchstens zwei für ausreichend. Nur mit schweren Herzern würde ich für mehr Pluralstimmen zu haben sein, ja nur dann, wenn davon das Zustandekommen der Wahlrechtsreform abhängt. Bei den Zugestimmten würde ich in erster Linie das Alter berücksichtigen.

Abg. August (Freikons.): Ich erkenne ein berufständisches Wahlrecht bevorzugt, will aber absehen. Wenn ein Pluralwahlrecht eingeführt werden sollte, würde er dafür sein: eine Summe dem Alter, eine Höchstbildung und eine Summe dem Einkommen hat. Der Abg. Goldstein habe keinen Anhalt gehabt, zu sagen, dass wir Sturm gesetzt hätten. Das hat bisher immer die Sozialdemokratie bejegzt.

(Bei Schluss der Redaktion geht die Verhandlung noch weiter.)

Dresdner Polizeibericht vom 5. Dezember.

Heiligabend wurde ein 19 Jahre alter Dienstmädchen, das in letzter Zeit in mehreren Fällen von diversen Dienstboten in beträchtlicher Weise Misshandelt zu ertragen gewusst hat.

In der Nacht zum Mittwoch hat sich eine schwere blinde und taube Arbeiterin, die ein Bettwollmutter ist, aus dem dritten Stock in den Hof eines Grundstücks der dörflichen Wilsdruffer Vorstadt hinabgeworfen. Der Tod ist infolge Schadelbruch eingetreten.

Ein zum Empfang von Krautengeld in der Zweigstelle der Oskar-Frankenkasse auf der Trompetenstraße erledigter 37-jähriger Arbeiter verließ plötzlich dasat bestellt an der Herdähnung.

Als am Dienstag auf der Röhrbühlstraße ein fünfjähriges Mädchen an einem am Rüttelstock haltenden, mit zwei Pferden bewohnten Wägel transportiert wurde, klappte das eine der Tiere nach den Steinen und bis zur halben Zeilefinger der linken Hand ab.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 6. Dezember:

Ruhende Gewölkewolken, nachher Regen oder Schneefälle, mäßige Südwestliche Winde, etwas wärmer.

Wetterbericht von der Wetterstube an der Augustusstraße am 5. Dezember, mittags 12 Uhr.

Barometer: 743. Regen, Wind.

Thermometer: +2° R.

Thermograph: Min. -1. Max. +2.

Hygrometer: 84%.

Wasserstand: -173.

Letzte Telegramme.

Von der Armee.

Berlin, 5. Dezember. Das Berliner Tageblatt sieht keine Meinung über die Krise und ihre „Aberwendung“ wie folgt zusammen:

Den Stimmen, die oben seit dem Harden-Prozesse herrschten, mag sich Bülow gestern sehr gefreut und mit psychologischem Rechnung getragen haben. Wo er im Parlamente gewonnen, was er durch das Beitreten vom Roten erreicht hat, ist nicht ganz klar, denn die feierlichen Treuebeweise verklungen und die nächsten Labioschen bleibten. Es bleibt die Labiosche, dass über die Finanzfrage eine Einigung nicht erzielt ist, und es bleibt die Labiosche, dass die Sprachenhaus des Vereinsgeleget von den Freiheitlichen verworfen wird. Es bleibt die Labiosche, dass die Enteignungsverordnung allgemeines Missfallen erzeugt, und es bleibt die Labiosche, dass Herr v. Rheinboden intrigiert. Gewiss, man braucht an dem Schicksal des Fürsten Bülow noch nicht zu verzweifeln, denn diese Durchlaucht ist nobelhaft gebaut. Über den Theatercoup von gestern wird seine Wirkung nicht allzu lange ausüben und Fürst Bülow wird bald genötigt sein, etwas Neues zu erfinden.

Die Nationalleitung fordert eine vollständige parlamentarische Regierung: „Um aber in Zukunft eine Wiederholung solcher Zwischenfälle aufzuhalten, halten wir für unbedingt notwendig, dass nicht nur zwischen den Befreiungsparteien untereinander, sondern auch zwischen diesen und der Regierung eine engere Fühlung als bisher gewonnen wird. Es genügt nicht, dass der Reichskanzler die Herren einzeln zu sich nach Korbennern besteht hat, sondern dass er dauernd mit ihnen in Kontakt bleibt und eine Verständigung über die Bahnen der inneren Politik im allgemeinen, wie auch über die einzelnen Gelegenheiten herzustellen sucht.“

Die Befreiung. London, 5. Dezember. Die Abendblätter melden, die Tories bei einer Baum-Salgialab in Irland niedergestürzt. Die Wohlhabender fliegen auf wie ein Blatt. Nach der ersten Berührung liegt sie wieder auf und trieb eine

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 262.

Dresden, Donnerstag den 5. Dezember 1907.

18. Jahrgang

Sächsische Angelegenheiten.

Der staatsgefährliche Spindlerhut.

Aus Pragau schreibt man uns: Einen Gerichtsreich erster Güte hat die Ortspolizeibehörde des Pragauer Nachbarortes Oberplanitz verübt. Fand da am 10. November bei einem Bergarbeiter Kindtau se statt. Nachdem man sich, wie fast überall üblich, zu Hause schon zu Ehren des jungen Weltbürgers gütlich getan und auch in „Humoristika“ das Rötige geleitet, um die trostlose Werktagsschämung ein wenig zu verheulen, begaben sich die Kindtaussteilnehmer nach dem Springerischen Gasthofe. Einer derjenigen, der vorher zu keinen Vorträgen einen roten Zylinder hattet benutzt hatte, trug diese „aufrührerische Kopfbedeckung“ lächerhafterweise auch beim Eintritt in das Tanzlokal. Der dort anwesende Schuhmann Böhm sah die unerhörte Beginnen offenbar als eine Beleidigung der hohen Obrigkeit auf, die die rote Farbe, von Proletarien bevorzugt, nun einmal als republikanisches Abzeichen und als Protest gegen die heutige Gesellschaftsordnung ansah und daher unter solchen Umständen nicht leiden kann. Das „Auge des Gesetzes“ verbot das fernere Tragen des ominösen „Bibis“ und dem wurde sofort Folge geleistet. Als nun die Gesellschaft play genommen und die polizeilich geforderte Stimmung wieder in ihre Rechte getreten war, gelangte auch der „rote Bibi“ wieder zu Ehren, ohne mit der Polizei in neuerliche Kollision zu geraten.

Drei Tage später erschien der bett. Schuhmann Böhm bei dem Träger des „Bylinderhuts“, dem Bergarbeiter Thierfelder, um diesen angeblich darauf aufmerksam zu machen, daß er (B.) gegen ihn Strafanzeige erstatzen werde. Eine gerichtliche Entscheidung nützte nichts; durchzumine er (Th.) damit nicht, da die Strafe feinesfalls erlassen werden. Er legte auch mehrere Apriore vor, die von der Polizei annehmen sollten. Die Frau, natürlich durch diese Radikalität in Gedanken verlegt, sieht den Namen ihres Mannes auf den Papieren. Sie kommt sofort ab. Ihr Mann arbeitet als Matros auf dem Frachtschiff im West, bis er sich vom Schiff erholt hatte; dann kam ich auf und machte Licht — es war 10½ Uhr. Da ich ganz deutlich, daß jemand in meinem Bett gelegen hatte... Seit jener Nacht sind meine Nerven ganz kaputt, ich erwache jetzt über das leise Geräusch. — Als mich Frau Hänichen wachte, war ich fertig. Ich erkundigte mich im Spiegel, was nicht wieder. Leiderlich sah ich aus und tiefe, schwarze Ringe waren um meine Augen. Den ganzen Tag fieberte ich, und wenn ich Herren Hänichen sah, zitterte ich am ganzen Leibe. Ich fühlte mich frisch und unglücklich. Als ich mir wieder überlegte, ergabte ich mich, daß ich in der Nacht weiter nichts gesagt hatte, aber in der Rücksprache konnte ich nicht anders... Liebes Mutter, ich habe es ein, „die Schwäche ist die schwere Zeit“. Wenn man aus der Schule ist, da muß man immer singen und tanzen, damit man anständig bleibt. Liebes Mutter, Herr Hänichen kommt oft nach Dresden; da kann er sein, er kommt einmal mit zu mir. Daher bitte, nichts anmerken, sag' kein Wort! Geliebtes Mutter, ich bitte Dich umg, sage keinem Menschen ein Wort hier-von...

Die Schuhmann-Begründete“ sein Vorgehen damit, daß sich an jenem Sonntage mehrere Herren über den „roten Zylinderhut“ aufregten hätten; einer von ihnen habe sogar erklärt, daß er sich auch einen solchen schönen Spindlerhut kaufen und im Übrigen tun und lassen, was ihm beliebe.

Der Schuhmann-Begründete“ sein Vorgehen damit, daß sich an jenem Sonntage mehrere Herren über den „roten Zylinderhut“ aufregten hätten; einer von ihnen habe sogar erklärt, daß er sich auch einen solchen schönen Spindlerhut kaufen und im Übrigen tun und lassen, was ihm beliebe.

Eine Woche später erhält Thierfelder einen Strafbefehl folgenden Wortlaut:

Chortitz, 21. November 07.

Zur Polizeianzeige vom 17. November 07 haben Sie am 10. h. R. abends gegen 9½ Uhr, auf dem Saale des Springerischen Gasthofes, hier, möglicher öffentlichen Tanzmusik stattfand, dadurch großen Unfang verübt, daß Sie auf dem Kopfe einen roten Zylinderhut getragen, und nachdem Ihnen dies der dort selbst anwesende Polizeibeamte unterstellt hatte, trotzdem lange Zeit darauf wieder aufgerufen haben.

Weis: Beugnis des Schuhmanns Böhm, hier. Auf Grund von § 360,11 des R.-Ges. G. wird daher gegen Sie hierdurch eine Geldstrafe von 3 R. festgesetzt.

Der Gemeindevorstand: Müller.

Da noch eine Mutter kommen darf Thierfelder für seinen harmlosen Spaß bereits 4 R. freigekommen. Selbstverständlich hat er dagegen gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wäre doch auch sonderbar, wenn jeder Dorfgenossen schon bei harmlosen Scherzen den „Atem der Gerechtigkeit“ herausfinden wollte, während die Angehörigen der „besseren Gesellschaft“ unbekümmert und ungeküßt die tollsten Standorte verüben dürfen.

Diese famose „Zylinderhut“-Affäre reiht sich würdig an den ähnlichen Episoden, welche seinerzeit den ehemaligen Gemeindevorstand Bartel in Niederhahna u. der jetzt wegen seiner Siebenlehrer „Kulturbrennerei“ im Buchthaus interniert ist, und den jüngsten Gemeindevorstand und Landtagsabgeordneten Kleinheimpel in Wilsau zuliebheben hatten. Bartel erließ gegen einen Parteigenossen einen Strafbefehl, weil er so prosaisch war, bei dem Begräbnis eines Freundes in grünen Hauben zu erscheinen, und Kleinheimpel, der sich jetzt glücklich bis zum höchsten „Trescheinheitspolitiker“ durchgerungen, erließ ein Verbot bez. Strafandrohung gegen einen Gemeinde-„Unterthan“, weil dessen „Amsel früh zu zeitig an zu schlagen sing und dadurch zu bestören den Ärtern“ verübt. — Es ist zwar zum Schreien, aber solche „Festen“ gehören nun einmal zum eisernen Requirit der jüdischen Verwaltungspraxis, bei der bekanntlich nichts unmöglich ist.

Wieniell gellagt wird.

Die sächsischen Regierungsbücher bringen eine Zusammenstellung, aus der die große Zunahme der Geschäftsfälle bei den sächsischen Justizbehörden seit dem Jahre 1894 hervorgeht. Es wurden nämlich 1894 in Sachsen 555 435 Sachen verzeichnet, und zwar Strafprozeesse (entschiedlich Konflikte), bei den Amtsgerichten 238 201 und bei den Landgerichten 22 955. Im Jahre 1906 dagegen waren die entsprechenden Zahlen 392 761 und 37 996. Strafprozeesse wurden 1894 bei den Amtsgerichten 40 053 und bei den Landgerichten 8378 verzeichnet, 1906 aber 52 086 und 10 258. Die Geschäfte haben sich somit in diesen 12 Jahren um 211 931 Sachen vermehrt, das stellt seit 1894 eine Zunahme von 36 Prozent dar. Die Strafprozeesse haben um rund 65 Prozent zugenommen. Dagegen hat das Anwachsen der Strafsachen nur dem Nachstum der Bevölkerung entsprochen.

Ein Arbeiternachweis des Landeskulturrats.

Auf Grund eines Beschlusses der 46. Gesammtversammlung des Landeskulturrats hat der letztere einen Arbeiternachweis erichtet, dessen Aufgabe es ist, den sächsischen Landwirten bei der Verwaltung von jenen Saisonarbeitern oder Wanderalbeitern befähig zu sein oder die Vermittlung solcher Arbeiter selbst zu übernehmen. Zu diesem Zwecke wird er sich zunächst der Einrichtungen der Deutschen Arbeiter-Zentralstelle in Berlin bedienen. Die Vermittlung erstreckt sich auf den Bezug von russischen, galizischen und ungarnischen Arbeitern. Für den Bezug gelten die von der Deutschen Arbeiter-

Zentralstelle aufgestellten Bedingungen, die vom Landeskulturrat auf Wunsch übermittelt werden. Ebenso erfolgt die Verpflichtung der Arbeiter auf die Vertragsformulare der Feldarbeiter-Zentralstelle. Da sich der Verhaftung kleiner Truppen von weniger als zehn Personen großer Schwierigkeiten entgegenstellen, so empfiehlt der Landeskulturrat, daß sich Landwirte einer Ortschaft mit geringem Bedarf zu gemeinsamer Verstellung vereinigen. Es erscheint dringend angezeigt, daß die Verstellung von ausländischen Wanderalbeitern für 1908 so bald als möglich, tunlichst bis zum 20. Dezember d. J., bewirkt werde.

Agrarische Wünsche werden jederzeit von der sächsischen Regierung erfüllt. Sie nennt es „nationales“ Interesse, ausländische Arbeiter als Vorhanden nach Deutschland zu holen.

Nachrichten aus dem Lande.

Kreischa. Ein kostnicker Betrug wurde dieser Tage an einer hiesigen Einwohnerstube verübt. Ein noch junger Mann von schwierigem Aussehen hielt sich derselben als ein Aufseher des Gaswerks in Reid vor. Er erklärt, daß dort in letzter Zeit sehr viele Teilnehmer und Dienstleute mit Gold vorgelommen seien. Der Mann sei darum bereit und beschäftigt verhaftet worden. Er könne aber gegen eine Rente von 60 R. heute wieder aus der Haft entlassen werden. Er legte auch mehrere Apriore vor, die von der Polizei annehmen sollten. Die Frau, natürlich durch diese Radikalität in Gedanken verlegt, sieht den Namen ihres Mannes auf den Papieren. Sie kommt sofort ab. Ihr Mann arbeitet als Matros auf dem Frachtschiff im West, bis er sich vom Schiff erholt hatte; dann kam ich auf und machte Licht — es war 10½ Uhr. Da ich ganz deutlich, daß jemand in meinem Bett gelegen hatte... Seit jener Nacht sind meine Nerven ganz kaputt, ich erwache jetzt über das leise Geräusch. — Als mich Frau Hänichen wachte, war ich fertig. Ich erkundigte mich im Spiegel, was nicht wieder. Leiderlich sah ich aus und tiefe, schwarze Ringe waren um meine Augen. Den ganzen Tag fieberte ich, und wenn ich Herren Hänichen sah, zitterte ich am ganzen Leibe. Ich fühlte mich frisch und unglücklich. Als ich mir wieder überlegte, ergabte ich mich, daß ich in der Nacht weiter nichts gesagt hatte, aber in der Rücksprache konnte ich nicht anders... Liebes Mutter, ich habe es ein, „die Schwäche ist die schwere Zeit“. Wenn man aus der Schule ist, da muß man immer singen und tanzen, damit man anständig bleibt. Liebes Mutter, Herr Hänichen kommt oft nach Dresden; da kann er sein, er kommt einmal mit zu mir. Daher bitte, nichts anmerken, sag' kein Wort! Geliebtes Mutter, ich bitte Dich umg, sage keinem Menschen ein Wort hier-von...

... daß ich tot im Bett lag. Auf einmal sagt jemand zu mir: „Herr Hänichen, was wollen Sie von mir?“ „Wolde“, antwortete er, „ich will mit Ihnen mal ein Wörtchen reden. Sie wissen doch, daß Ihre Mutter mir alles von Ihnen erzähl hat. Nur ist mir Ihr Aussehen in den letzten Tagen aufgefallen. Sie wissen, Sie sind bleichlich, und das ist nicht gut.“ Bis jetzt hatte ich ruhig geblieben, war aber ganz an die Wand gerichtet. Die eine Hand hatte ich auf der Brust. Mein Atem ging so schnell, daß ich sterben mühte. Ich glaube, länger hätte ich nicht so liegen können, sonst wäre ich im Chancard gefallen. Ich war furchtbar erzeugt und ahnte nichts Gutes. Er kam mit seiner Hand immer zu mir, ich sah sie kein Mal weg. Endlich brachte ich ganz mühsam die Worte hervor: „Herr Hänichen, was wollen Sie von mir?“ Er antwortete: „Wolde, ich meine es mit Ihnen nur gut, aber, was ich will, das kann ich Ihnen alles in Ordnung bringen.“ Ich wußte, was er meinte. Es ist doch alles in Ordnung.“ erwiderte ich... Auf einmal meinte er ganz ärgerlich: „Na, wenn Sie es nicht einsehen, daß ich es gut mit Ihnen meine und wenn Sie durchaus haben wollen, daß ich geben soll, dann gebe ich — Gute Nacht!“ — Ich lag im Finstern eine Weile still im Bett, bis ich mich vom Schred erholt hatte; dann kam ich auf und machte Licht — es war 10½ Uhr. Da ich ganz deutlich, daß jemand in meinem Bett gelegen hatte... Seit jener Nacht sind meine Nerven ganz kaputt, ich erwache jetzt über das leise Geräusch. — Als mich Frau Hänichen wachte, war ich fertig. Ich erkundigte mich im Spiegel, was nicht wieder. Leiderlich sah ich aus und tiefe, schwarze Ringe waren um meine Augen. Den ganzen Tag fieberte ich, und wenn ich Herren Hänichen sah, zitterte ich am ganzen Leibe. Ich fühlte mich frisch und unglücklich. Als ich mir wieder überlegte, ergabte ich mich, daß ich in der Nacht weiter nichts gesagt hatte, aber in der Rücksprache konnte ich nicht anders... Liebes Mutter, ich habe es ein, „die Schwäche ist die schwere Zeit“. Wenn man aus der Schule ist, da muß man immer singen und tanzen, damit man anständig bleibt. Liebes Mutter, Herr Hänichen kommt oft nach Dresden; da kann er sein, er kommt einmal mit zu mir. Daher bitte, nichts anmerken, sag' kein Wort! Geliebtes Mutter, ich bitte Dich umg, sage keinem Menschen ein Wort hier-von...

Die Mutter folgte natürlich dem Rat der Tochter nicht, bestreite letztere vielmehr aus den Händen dieses unruhlichen Dienstherrn. Um übrigen bedarf der Brief seines Kommentars.

Konfusion auf dem Rathaus.

Um vorher Sonntag veröffentlichte der Dresdner Anzeiger eine offenbar vom Rathaus kommende Note über die Ladengeschäftszeit an den Sonntagen vor Weihnachten. Auch wir drucken dieselbe ab, sie lautet:

Der Rat zu Dresden wird in diesem Jahre nur zwei Sonntage vor Weihnachten für den Verkauf freigeben, und zwar den 15. und den 22. Dezember, an denen die Geschäfte von morgens 11 bis abends 9 Uhr offen halten dürfen. Bissher war es üblich, an drei Sonntagen vor dem Weihnachtstag den Verkauf freizugeben, doch sind zahlreiche Geschäftsinhaber mit dem Entzug des ersten Sonntags nicht zufrieden gewesen.

Gestern Dienstag, also nur zwei Tage später, schreibt jedoch der Dresdner Anzeiger:

Der Rat hat beschlossen, an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, den 8., 15. und 22. Dezember d. J. den öffentlichen Handel während der 10 Stunden von 11 Uhr vor-mittags bis 9 Uhr abends zu gestatten. Während dieser Zeit dürfen auch Schuh-, Lebend- und Arbeiter der verschiedenen Handelsbetriebe beschäftigt werden.

Aus diesen beiden Meldungen spricht eine recht ziellose und widerprüchliche Politik des Rates. Wie man uns mitteilt, soll ihm eine Eingabe hiesiger Warenhäuser für die Gewährung von drei Sonntagen ungestimmt haben, während die Münche der übrigen „obstreichenden Geschäftsinhaber“ und vor allem die der jetzt vielverlustigen und überlasteten Läden angepeilt unberücksichtigt geblieben sind. Der Verband der Handelsbetriebe hat im November bereits eine Eingabe an die südlichen Kollegien und Einschränkung der Ladengeschäftszeit vor Weihnachten gerichtet. Die Interessen einiger Warenhäuser scheinen aber in diesem Falle dem Rate näher zu liegen, als die der anderen.

Slaußlauerei.

In den Wahlen der Habilitordnung kam — wie eine Verhandlung vor dem Gewerbege richt zeigte — der Glasmacher Bank zu Hause. Der Glasmacher arbeitete seit März im Atelier bei der Firma Glassfabrik Siemens. Das Arbeitsverhältnis unterlag 14-tägiger Kündigung. Der Glasmacher wurde während einer Schicht plötzlich krank, meldete dies dem Kunstmaler und ging nach Hause. Da er nicht sofort zum Arzt ging und ein ärztlicheszeugnis beibrachte, erhielt er 50 Pf. Strafe abduktiert — von Habilitordnung wegen. Als er bei einer weiteren Schicht wegen der Krankheit nicht erschien, einem Arbeiter aber den Auftrag gegeben hatte, ihn zu entschuldigen, erhielt er weitere 1 M. Strafe, denn der Arbeiter hatte die Entschuldigung verschwiegen. Sonnabends wurden dem Glasmacher die 2 M. vom Lohn abgezogen. Am folgenden Montag wollte er das Geld zurück haben. Die Folge war eine grobe Behandlung und Ablehnung durch den Betriebsleiter; diese behandlung wurde abgewichen und überlaufenen Laden angepeilt unberücksichtigt geblieben. Der Glasmacher ging aber trotzdem auf das Gewerbege richt und wurde deshalb entlassen. Der Glasmacher fragt jetzt wegen 2 M. Lohn und Lohnentziehung. Die Firma führt lediglich auf ihre Habilitordnung. Nach § 11 dieser Habilitordnung gilt die eventuelle Krankheit eines Arbeiters der Glassfabrik Siemens erst dann, wenn er die Bejübung vom Arzt bringt. Diese Bestimmung will die Firma auch auf den Fall angedeutet wissen, wenn ein Arbeiter plötzlich während der Schicht erkrankt. Das Gericht gelangte jedoch zu der Ansicht, daß die Strafen unrechtfertigt waren. Sie können nicht verlangen, daß Ihre an sich schon so strengen Bestimmungen noch weiter ausgedehnt werden; dem Mann ist Unrecht getan worden. Wegen der Entlassung verweist die Firma auf den § 15 dieser selben Habilitordnung, wonach die Entlassung bei unentbehrlichem — wenn auch nur einmaligen — Ausbleiben von der Arbeit erfolgt. Obwohl nun die Verantwaltung zu dem „unentbehrlichen Ausbleiben“ von der Firma verabschiedet war, wird der Kläger auf Grund dieser Bestimmung mit seiner Klage abgewiesen. Die zu Unrecht abgezogenen 2 M. Strafe werden von einem Vorwurf des Klägers abgelehnt.

Wir modus ed sibi mancino den Eindruck, daß ob er nicht ganz sitzen könnte. Er sagte nämlich so oft zu mir, Du hättest ihm gezeigt — außer dem anderen — ich weiß so gern das werden. Manchmal ergabt er etwas, was ich gar nicht leiden kann. Das erzähle ich Dir mundlich. Doch nun gut Hauptrichter. — Geliebtes Mutter, jetzt kommen die Folgen, daß Du Herren Hänichen alles erzählt hast; ich bin dadurch furchtbar unglücklich geworden. Ich will Dir aber keinen Vorwurf machen. Du müsstest ja gern, daß ich hierher komme. — Liebes Mutter, am Montag war ich das erste mal wirklich glücklich, da kam meine Tochter, die haben Herren Hänichen, Frau Klein und ich waren so glücklich, daß wir zusammen gesessen; darüber freute ich mich so. Wir unterhielten uns abends noch herzlich. Ich hatte noch sehr viel Spaß mit Herren Hänichen; dann sollte es aber anders kommen.

Wir gingen 9½ Uhr schlafen; ich war so glücklich, daß ich er-

noch 10 Uhr schlief. Es war 10½ Uhr, da wurde ich auf einmal im Bett weggerufen; ich dachte doch nicht anders, als daß mich jemand überfallen will. An meinem Zimmer steht kein Schlußel und der Klepel geht auch nicht. Am Tage jährliehen wir beide die Haustür zu, da bleibt der Schlußel immer stehen. Ich wollte um Hilfe schreien,

aber keinen Ton brachte ich hervor. Ich war so schockiert erschrocken.

Das Los der Clemenschen Arbeiter muß nach der Schilderung, die der Alteiger und seine Ehefrau vor Gericht geben, ein empörendes sein. Nach dieser Schilderung — die übrigens fast genau so von jedem früheren Alteiger gegen diese Firma vor dem Gewerbe-gericht gegeben wurde — werden dort die Arbeiter mit den ge-meinten Schimpfnamen und mit Schreien von ihren „Vorgesetzten“ bedacht.

Poletpost zu Weihnachten.

Die Reichspostverwaltung richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Grünen, mit den Weihnachtsgründungen bald zu beginnen, damit die Poletmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Fest zu sehr zusammendrängen, wodurch die Planküchleit in der Verförderung leidet. Die Polets sind dauernd zu verpfeilen, dünne Papptafeln, schwache Schachteln, Zigarettenfiltern usw. sind nicht zu benennen. Die Ausführkraft der Polets muss deutlich vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Ausführkraft nicht in deutlicher Weise auf das Polet hingewiesen werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weichen Papiers, das der ganzen Fläche nach fest angeleimt werden muss. Bei Fleischgründungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, die Feuchtigkeit, Fett und Blut usw. absetzen, darf die Ausführkraft nicht auf die Umlösung gelebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weichem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Postamt-Adressen für Poletaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muss recht groß und lässig gedruckt oder geschrieben sein. Die Poletaufschrift muss sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zugeschendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmehatrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Entfernung usw., damit bei Verlust der Poletumschreibe das Polet doch dem Empfänger ausgeschändigt werden kann. Auf Poleten nach größerem Orient ist die Wohnung des Empfängers, auf Poleten nach Berlin auch der Nachname des Postbezirks anzugeben. Zur Beschleunigung des Vertriebs trägt es wesentlich bei, wenn die Polete frankiert aufgeliefert werden. Die Verantragung mehrerer Polets zu einer Begleitadresse ist für die Zeit vom 10. bis 25. Dezember im inneren deutschen Bereich (Reichsgebiet, Bayern und Württemberg) nicht gestattet. Für den Auslandserwerb empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Polete besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Vom guten Ton.

Unter Kenntnis Goldsteins wagte gestern im Landtag die Dresdner Nachrichten ebenfalls wegen der denunziatorischen Notiz über die am nächsten Sonntag geplanten Wahlkampfversammlungen fest. Dazu schreibt nun das Blatt in seinem Bericht über die Verhandlungen des Landtags:

Wenn der Abg. Goldstein nicht geschlossen hat, als er den Artikel in den Dresdner Nachrichten los, muss er erkannt haben, daß derselbe nicht ein Wort enthält, das als eine Aufforderung in die Regierung angeleitet werden könnte, die Versammlungen nicht zu dulden. Der Artikel beschönigte sich ausdrücklich darauf, die Bevölkerung vor den Schürzungen der Sozialdemokratie zu warnen in Erinnerung an die schweren Strafen, die über zahlreiche Beteiligte an den Demonstrationen vor zwei Jahren verhängt worden sind. Die Red."

Wenn ein sozialdemokratisches Blatt in gleicher Weise über inen konservativen Abgeordneten schreiben würde, dann gäbe es sicher wieder von dieser Seite eine Vorlesung über guten Ton und Unfair ist uns. Mit dieser Ungezogenheit suchen die Dresdner Nachrichten aber nur ihren Rückzug in der Sothe zu decken. Denn ja, die Notiz denunziatorischen Charakter hatte, darüber kann ich ihrer ganzen Form gar kein Zweifel bestehen.

Zur Frauenfrage.

Im Reichstagsverein für Frauen steht gestern Mittwoch abend Benossen Els Braun (Berlin) einen Vortrag über Geschlechtsleben und geistige Produktivität des Weibes. Die Rednerin führt aus, daß die geistige Minderwertigkeit der Frau gegenüber dem Manne von den Vorläufern der Frauenbewegung auf ehrere Momente zurückzuführen gewesen sei. Selbstverständlich hielten sich dabei eine große Rolle, den Kern tragen sie aber doch nicht. Um einen wahren Grund für diese Erziehung zu erkennen, sei es notwendig, sich zwei Frauen vorzulegen. Welche Frauen wären es, die eine aus der Masse hervorragen und wodurch ragen sie hervor? Man müsse diese Frauen in drei Gruppen einteilen, in die der produktivitätsfähigen Frauen, in die der reproduktiv tätigen und ferner in die Klasse der reiblichen Antipoden. Abgehen von vereinzelt stehenden Mädchern sehe, daß in allen drei Gruppen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts die geistige Unproduktivität der Frau jüngst trat. Die Frage, ob auch in Zukunft die geistige Minderwertigkeit der Frau gegenüber dem Manne fortbestehen bleibt, sei zu verneinen. Die Ergebnisse ihrer Veraduktion reiblichen Geisteslebens wollen sie nicht als Naturgesetz, sondern als Konsequenz aufzufassen, wie sie dahin formuliert: Da das Geschlechtsleben mit all seinen Facetten physiologisch im Leben der Frau eine weit größere Rolle spielt, als im Leben des Mannes, so muss es eben auch ihr Gesetz auch mit nachhaltiger Beeinflussung, und keine Bindung oder Ausbildung muss mit der Vermehrung großer weiblicher Werte und Kräfte zusammenhängen. Die große Schmerzlichkeit Natur weile auf weiteren Zusammenhängen zwischen Geist und Geschlecht hin. Es sei namentlich hier auf die Bedeutung der Frau als Initiatoren und Agitatoren verwiesen. Bei allen sozialrevolutionären Bewegungen der Neuzeit, die wir kennen, sind die bedeutendsten Frauen in Erscheinung getreten, nicht nur im Gefolge der Kämpfenden, sondern sogar an ihrer Spitze. Sollte nicht die Geschlechtsfüllung sich umgelebt auf geistigem Gebiete wiederholen? Eine nicht vielleicht eine geistige Erfahrung des Mannes, der Menschheit, durch die Hand des Weibes statt? Und heißt sie nicht ein umso ehreres Leben dessen, je vollendet sie sich zu der Höhe ihrer Persönlichkeit erreicht? Wenn dem so ist, dann wäre jede Unterordnung der Entwicklungsmöglichkeiten des weiblichen Geschlechtes nicht nur eine Ungerechtigkeit ihm gegenüber, sondern ein Verbrechen an der Menschheit. An folgenden werden wir dann der Genialität, das heißt der höchsten Schönheit des Weibes, auf diesem Gebiete freie Bahn zu schaffen haben, deshalb der Freiheit eine Stütze, im Namen der Menschheit, im Namen der kommenden Generationen, im Namen der Kultur, die wir erhoffen. Es gelte für die Frauen die wirtschaftliche, die geistige und die Herzlichkeit zu erfordern. Lebhafte Reden schaute die Referentin am Schluß ihrer Ansprechungen. — Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, viele der Erdbebenen waren mit Schätzungen im anstoßenden Nebenzimmer fürschein. Von einer Debatte nahm man Abstand.

Arbeiterrichts.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern in der Eichendorffstraße, Großenhainstraße. Einem an der Ziehpresse beschäftigten Arbeiter wurden beide Daumen von den Händen geschnitten.

Bermischte Nachrichten. Gestern im Polizeibericht erwähnte, durch ein Automobil verhinderte Unglücksfall ereignete sich nicht Montag vormittag kurz vor 12 Uhr, sondern in der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 12½ Uhr. Das Automobil ist noch nicht entdeckt. — Am Dienstag abend versuchte ein Mann in Dresden-Neustadt sich vom Eisenbahngüter überfahren zu lassen. Das entstellte wurde er durch den Übergangswärter verhindert, sich auf die Schienen zu legen; er versuchte es nun abermals ein Stück weiterhin längs der König-Johann-Allee, doch bemerkte ihn

der Übergangswärter noch rechtzeitig und riss ihn von den Schienen herunter. Der Betreffende glitt aus und rollte den Bahndamm hinunter, wobei er ein Bein brach. Nachdem ihm ein Motorverband angelegt war, wurde er am Mittwoch früh in das Garisonslazarett übergeführt.

Aus den Vororten.

Gittersee. Auf den von der Vereinigung für Volksbildung und Kunstsleife am Freitag den 6. Dezember im Gaihof Gittersee veranstalteten Vortrag mit Bildern von Herren Dr. Magnus: Auf den ältesten Spuren des Menschen, noch besonders aufschauend gemacht. Starren sind am Saaleingang zu haben.

Wadebeul. Die Polizei hat den Menschen festgenommen, der schon im Jahresrückblick lädierte Mädchen in schamloser Weise bestohlt. Weder, ein verschämtlicher Dienst, war schon im vorigen Jahre unter gleichem Verdachte verhaftet worden, mußte aber, da er nicht überführt werden konnte, freisprochen werden.

Veranstaltungsniederlage für Freitag.

4. Kreis. Bezirk Riesa. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in den Sorgenvögeln, Altmittweida. Gemeindevorstandskonferenz von Riesa und Mittweida. Abends 9 Uhr Einwohnergemeindeversammlung im Riesaer Unter. Arbeiterschmiede in Dresden. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Ein Meineideprozeß, in dem nicht weniger als 56 Zeugen ge-laden sind, begann am Montag vor dem Friedensgericht. Anwalt ist der 1898 in Ehrenberg geborene Fachbedienkellere Karl Friederichs. Der Angeklagte ist bedauernswert, in einem am 20. Dezember 1906 vor dem bisherigen Schöffenausschiff stehenden Bruderschaftsabsatz als Reisender einen Meineid gelöst zu haben. Der Angeklagte bezeichnete sich bei Aufnahme seiner Personalien als Kochbedienkellere und behauptete auf die ausdrückliche Frage des Vorsitzenden, ob er nicht auch Kochbedienkellerei sei, unter Eid: „Ich habe nämlich das Gewerbe eines Kochbedienkellenten betrieben und auch vielmals Personen seines Engels Kochbedienkellerei geleistet. Da der Ankläger aus einer Erfahrung feststellen konnte, daß der Angeklagte früher im Auftrage anderer Personen Civilverträge geführt hat, kam er zu der gegenwärtigen Anklage gegen Riesa. Lieber bleibt noch wie vor dabei, er sei nicht gegen Bezeichnung in Dresden tätig gewesen und habe dies nur für gute Bekannte getan. Um dies zu beweisen, sind allein 34 Zeugen von der Verteidigung geladen. Das geradzu dem Wahlkreise der Geschäftsmänner ostalts Riesa lautet auf 1 Jahr Geschäftsmann wegen fabrikarischen Arbeitses, 6 Monate der erlaubten Untersuchungshaft gelten als verbürgt.“

Schöffengericht.

Nach der Vorstellung, als am 1. Oktober im Vorlese-Rathaushof die Vorstellung bereit war, madden auch die Kellner Freierabend und redeten ab. Einer von ihnen hielt am Tisch und klugte sein Haupt schwer in die Hand, denn er hatte Zahnkrämpfe. Da fragte der Kellner Franz Bauer an ihm vorüber und fragte zu ihm hinzusehend: „Na, du Priester, bist du schon fertig?“ Kaum war er einiges Säulen weiter, als die dunkle Garderobe eindrang, trat ihm der Kellner Hering, mit dem Bauer bei einigen Tagen Differenzen hatte, entgegen und erklärte, daß er die Bezeichnung „Priester“ auf sich beziehe und verüchte einen Streit vom Faute zu brechen. Bauer wischte dem aus, gab ihm zunächst überhaupt keine Antwort und erklärte lässig, daß er nichts mit ihm zu tun habe. Beide gingen — nachdem Hering dem Bauer noch gedroht hatte, er werde ihm mit dem Messer eins ausköpfen — nach dem Büfett. Bauer langsam einige Schritte hinter Hering. Plötzlich wandte Hering hinter einer dicken Stütze ab, griff nach einem Gegenstand in die Tasche und als im nächsten Moment Bauer vorüber kam, lagen sich die Gegner an. Es kam zu einem Komplei, dabei wurde Hilde gerufen, die andern laufen herbei und kamen, wie der Theaterschauspieler die Gruben ausbebenbrachte. Gleichzeitig kam auch der Kellner August Karl Beulert dazu und verlehrte Hering mit einem Spazierstock einiges Siehe über den Rücken, damit dieser den Bauer loslässt. Vor dem Schöffengericht hielten sich hinterherweise Bauer und Beulert wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu verantworten, während das Gerichtsamt Hering eingestellt und dieser als Zeuge vernommen wurde. Entgegen dem Antrage des Anklagewalters, der eine Schuldfeststellung für erwiesen sah, wurde Bauer für straffrei erklärt und Beulert freigesprochen, weil der Letzte einen unberechtigten Angriff auf einen Dritten abgewehrt — müßig in Notwehr gehandelt habe.

Gerichtliches Nachspiel einer Liebesaffäre. Am Zentraltheater-tunnel wurde am Abend des 4. Oktober die Schlossherzogsfrau und Ausbildungsführerin Meta Wölfel die Bekanntheit des verbotenen Doktorandenwalters Winkler. Sie gingen zusammen in das Café Freiheit und fuhren dann gemeinsam in einer Diskotheke nach der Wohnung der Wölfelischen Freunde. Dr. Edmund Wölfel war nicht zu Hause und Winkler blieb die Reise über bei seiner neuen Freunde. Er hatte der treulosen Ehefrau ironisch in der Drostei 5 M. gegeben und wollte dafür mit ihr zweimal den Besuch. Winkler trug die Uhr seiner Frau bei sich und hatte sie bereits im Café Freiheit einer Seidenstrumpfseide, worauf die Wölfel zu erkennen gaben, die Uhr zu bezahlen. Als Winkler nach der verbrannten Liebesnacht die Wölfelische Wohnung wieder verlassen hatte, machte er die Entdeckung, daß die Uhr seiner Frau verschwunden war. Die Wölfel mußte die Uhr wieder herausrufen und kenne sich vor dem Sachsenhof wegen Diebstahl zu verantworten. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagte auf 1 Monat Gefängnis.

Ein schlagfertiger Bädermeister. Mit der Handarbeiterbehörde Teddert, die bei ihm im Hause wohnt, setzt am 24. September der Bädermeister Pauluski in Streit, in dessen Verlauf der Bädermeister einen Autobus verlor und die Frau mit dem Säbel über den Hinterkopf und die Hand schlug. Das Gericht musste zwei Tage deshalb im Bett bringen. Außerdem hat sich der Bädermeister einer Sachdeliktsabschaffung schuldig gemacht, indem er eine eingeholt Seidenstrumpfseide zerstört. Zu seiner Entschuldigung führt er an, daß er sehr nervös sei und daß die Frau wohl mit der Handtasche nach ihm schlagen könnte. Das legierte wird widerlegen, ebenso seine Behauptung, daß er den Beilen am Stiel angefaßt habe. Das Gericht erkennt auf insgesamt 40 M. Geldstrafe.

Militärgericht.

Solidarität der Chorsänger. Wenn Soldaten-Mit-handschellen hatte sich der Oberjäger Scheffler des Freiberger Arbeiterbundes zu verantworten. Am 31. Juli d. J. feierte die Abteilung des Anklagewalters vom Schießstand in die Akademie parat. Der Soldat Scheffler hatte einen von Scheffler erhaltenen Befehl auszuführen verloren und soll deshalb von dem Oberjäger mißhandelt worden sein. Nach dem Soldaten Anklagewalters nahm ihn Scheffler mit in die Chargenstube Nr. 88; hier befand sich der Oberjäger Reimann und arbeitete an einem Tische. Auf einen Wink Schefflers habe er die Säbe verloren, worauf die Wiedhabung des Soldaten begonnen haben soll. Scheffler suchte Scheffler nach einem geeigneten Gegenstande, hässlich erwischte er einen Brotschälchen und schlug auf den Soldaten los. Er ward ihm aufs Bett und auf den Fußboden verlegt; ihm mehrere Säbe und ward ihm schließlich zur Todesstunde, ihm gleichzeitig den Befehl entzogen, auf dem Schießstand das Verhant zu machen. Auf dem Weg dorthin verlor Scheffler bereits Schmerzen in der Seite, so daß er sich versucht seine Hände hinlegen mußte. Bei seiner Rückkehr ließ er vermeint aus und meldete auf das Treppen mehrerer Kameraden die Mißhandlung seinem Schlosshüter, Oberjäger Roeder. Am anderen Morgen hat Oberjäger Roeder ihm noch im Bett liegenden Angeklagten von der Wiedbung Schefflers Mitteilung gemacht. Scheffler soll entgegnet haben: „Sind mir den Ort nur herein, daß ich ihn noch einmal verhauen kann!“ Roeder hat diese Aufforderung dem Oberjäger Roeder mitgeteilt. Der Angeklagte bestreit alles. Er

habe den Soldaten Scheffler niemals auch nur angeschaut. Der Oberjäger Reimann bestreit gleichfalls, daß ihm der Angeklagte einen Wink Antrede hinausgegangen, um nach seiner urtheilsschlechten Stellung zu wenden. Der Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!“ Angeklagter habe Gaben gebracht und nicht gezogen, daß er sich der Worte „nicht mehr genug zu erinnern“ den Oberjäger Roeder für einen Denunzianten. Der mißhandelte Soldat untersucht. Staatsanwalt Dr. Beimann erklärte ihm, daß ihm Roeder die e in mal (1) verhauen kann!

Briefkästen.

Groß S. 6., Rabig. Geben Sie einmal mittags 12 bis 1 Uhr, oder nachmittags 5 bis 7 Uhr ins Arbeitsgericht, Volkshaus, darüber eine Ausdrucksweise über die Sache nötig erscheint.
Röhrnent O. Den Antrag aus der Kirche müssen Sie mindestens auf dem Marke angeben. Urfunden sind nicht nötig. Erst nach Eintrag in das Dienstesregister des Gerichts erhält die Pflicht zur Zahlung von Kirchensteuern.
Gebühren. Verhandlungsumsatz verpflichtet einzuzahlen.

Central-Theater
Täglich abends 8 Uhr Variété-Vorstellung
Mittwochs, Sonnabends u. Sonntags nachmittags 3½ Uhr
(ermäßigte Preise) Christbaum-Wanderschaft.

Victoria-Salon.
Abends 8 Uhr: Grosse Variété - Vorstellung
19 Nummern!
Im Tunnel: Kabarett. Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

II. Intern. Katzenausstellung

(XX. Bundesausstellung)

vom 4.-9. Dezember d. J. in Helbig's Etablissement
(Gesamtbild des Dachsaals). Täglich 9 Minuten von 9 Uhr bis abends
8 Uhr. Sonntag von 11 Uhr vorm. bis abends 8 Uhr.

Katzen aus allen Weltteilen
davon „Dodo“, der Geiger des Graus Vier, Paris.
EINTRITT 50 Pf., Kinder 25 Pf., Bildkarte vom Gelände abwärts
25 Pf. Studierende 50 Pf. o. Erhöhung.

Der Bundespräsident: Friedrich Frhr. v. Flotow.

Bürger-Schänke
Palmstraße 1, eine Minute vom Postplatz.
Jeden Freitag von abends 10 Uhr an.
Grosses Gänse-Essen
mit Rotkraut und Kartoffeln.
Nur grosse Portionen à 65 Pf.
Hierzu lädt e gebeten ein Eduard Zehl.

Baubörse Mickten.
Empfehlung unserer Lokalitäten einer geeigneten Bezahlung.
Bettzimmerschlaf noch einige Tage frei. Alphalt-Stahlbahn.
Hochschulabsch. A. Mäser.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Retorm-Kino
Kino-Bühne Theater
neben dem Tivoli 18 Wettinerstraße 18 neben dem Tivoli
nicht zu verwechseln mit dem so. Deutschen-Theater.
Großartige Aufführungen. - Desentes Programm.
Jeder erste Besuch führt zu dauerndem, freiem Eindringen. Unter Chemnitzer Gehalt wird wöchentlich von 12000 Personen besucht.

Achtung! Wertschein! Achtung!
Was Sie zum Weihnachtsfest
gebrauchen, finden Sie bei uns in grosser Auswahl und
konkurrenzloser
Billigkeit.
Puppen, ungekleidet v. 20 Pf. an Kleiderstoffe im Karton, 6 Mtr.
Puppen, gekleidet v. 48 Pf. an 13-, 16-, 18-, 20- und 24 Pf.
Puppenköpfe . . . v. 75 Pf. an Blasenstoffe, □ und gestreift
Puppen-Hüte, Mützen v. 10 Pf. an Mtr. 176, 186, 196 und 206 Pf.
Festungen, Pferde v. 98 Pf. an Samt-Büster zu 8 usw. Kinder-
kleidern, Mtr. von 88 Pf. an Eisenbahnen mit Schienen
und Uhrwerk v. 148 Pf. an Heldenfiguren, Stabfleischer, Wiss-
tücher, Tischläufer, Kindergauben, Mädchen-Kinder und
-Jäger, Knaben-Knaben-Anzüge und -Kostüme, Knaben-Paletois
und -Joppen, Damen-Paletois und -Kostüme, sowie
Schnupftabak für Damen- und Herrenkleider
von 3 M. an Sonntags von 11-8 Uhr geöffnet.

Geb. Kohl & Co., Dresden.
Freiburgerplatz 22-24.

Kalbfleisch Pf. 65 Pf.
Schweinefleisch 60 Pf.
Schäufelkäse 70 Pf.
G. Klöss, Strießen
im Fußgängerbau Schieberlein
Wartburgstrasse 5.
Hummelpapier . . . 24 Pf. 20 Pf.
Krepp-Papier . . . 10 Pf. 5 Pf.
Carl Thomass . . . 15 Pf.
Grüne Holzwolle . . . 20 Pf.
L. Christiania 10 Pf. Scheffelstr. 18.

Torgauer Hof

Torgauerstraße 31.
Morgen **Grosses Schlachtfest.**
Es laden ergebnis ein
W. Korb u. Fran.

Restaur. Seminarhof
18 Seminarstraße 18.

Schlacht - Fest.
Samstag
Boekbier - Anstich.

Städter Gesellschaftshaus
Delbrückstr. 2. Fernspr. 4442
Freitag den 6. Dezember

I. grosses Schlacht-Fest.
ff. Fleisch- und Wurstwaren,
Leberwürchen und Wurstsalami.
Spez.: Grünkraut-Bauerbratwurst.
Boekbier-Anstich
vom Dreidener Feinkenkeller
in 1/4 Liter-Gläsern 20 Pf.
Samstag den 8. Dezember

Gr. Boekbierummel.
Ursprüngliche Boekbiermusik,
Originelle Boekbierspeisen.
Festlich geschmückte Lokalitäten.
Um zwölften Uhr wird hier

Paul Rossberg.

Restaurant zur Post

Emil Müller
Pieschen, Bürgerstraße 36
1. Pier und Fete. - Festlichkeit hört.
Jeden Freitag:
Schweineschlächten.

Hofbräu
Lager

Bitte probieren und urteilen!
Hofbrauhaus Dresden.

Moritzburger
Karpfen 85
a Pfund Pf.

E. Rädel,
Ammonstraße 31.

Titulatur:
Notenstr. 40 u. Galgenstr. 7.
Telephon Nr. 1979.

Proft. Weihnachtsgeschenk!

Prima Schneider-
Büsten

für Damen- und
Herrenkleider
von 3 M. an
Sonntags von 11-8 Uhr geöffnet.

Sächs. Büsten-Haus

J. Schick & Co.
Dresden-N. Marienstraße 3.

Achtbare

Familien

erhalten unter Rückfragen bei
M. Langer eing. in Hobel,
Sofas, Matratzen, Herren- und
Damen-Garderobe, Kleider-
stoffe, Wäsche, Bettzeug,
Teppiche etc. auf hervor-
scheinliche Toilettierung.

Wettinerstr. 13.
Ist auch zweit gen. Muster.

Wettinerstr. 13.
Ist auch zweit gen. Muster.

Rote Plätzchennitur 1 Schal,
6 Schal, 2 Sofortmahl für 60 Pf.
zu verl., deaktiviert eine 30 Minuten
Zeitpunkte bei Klarer, Wurzelkohl
Kraut 50 Pf. 4 Qu. Ausz. von abends
7 Uhr an und Sonntags.

Gelegenheitskauf!

2 Nähmaschinen, 10. Wund-
mann, neuwertig, 10. Wundmutter, 10.
10. Wundmutter, 10. Wundmutter, 10.

Görlitzer Waren-Einkaufs-Verein.

Drockene Gemüse

1907er Ernte, garantiert gut kochend:

Pa. ungarische weisse Bohnen	Pl. 18 Pf.
Beste geschälte glacierte 1/2, Erbsen	Pl. 22 Pf.
Beste geschälte glacierte 1/2, Erbsen	Pl. 26 Pf.
Beste verlesene Victoria-Erbsen	Pl. 20 Pf.
Kleine grüne Koch-Erbsen	Pl. 18 Pf.
Grösste feingrüne verlesene Hellerlinsen	Pl. 45 Pf.
Mittelgrösse verlesene Hellerlinsen	Pl. 30 Pf.
Feinste Goldhirse	Pl. 19 Pf.

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch

6 Proz. Rabatt in Marken,
welche jetzt in bar eingelöst werden.

Gänse

ff. Prager Gänserauft im
garten und geteilt: Brust, Rücken,
Rücken, Klein, Leber, Fett.

Hasen

ünglich frisch gebratene Rücken, Rücken,
Rücken, Klein.

Echten Prager Schinken

Mark: Anton Chmel
zum Kochen und Brotieren
jetzt billig

Otto Dieckmann

Dresden, Am Schießhaus 11.

Gänse

Wund 70 Pf. starke Gänse, Stück

330 M. 1 crotes Rostrost gratis

dazu: Schweinefleisch billiger:

50, 65, 15 Pf. Bötelhinter-

hinken 15 Pf. Prima Kalb-

fleisch billiger: 70 Pf.

Gust. Küchler

Dresden, Nikolaistraße 12.

Westfälischer Schnupftabak

frisch, bei

Moritz Gabriel

Große Zwingerstr. 5

Ecke Wettinerstraße.

Die billigste Bezugssquelle

auf Kredit!

Wohndienstleistungen

vermietet und gefordert.

Verhandlungs-Bericht nebst einem Nachworte

- Preis 50 Pfennig -

Die Volksbuchhandlung

Zwingerstraße 21.

Achtung!

Billiges Schweinefleisch!

Verwandte diese Woche wieder freit-

am Bahnübergang im Pot-

schappel einen guten Land-

schweine. Fleisch, Pf. 65 und

70 Pf. Br. Speck und Schinken,

Pf. 70 Pf. Hamisch. Wurst, Pf. 80.

Pf. bei 10 Pf. a 70 Pf. Bötel-

fleisch, Pf. 75 Pf. Kotletts ohne

Juliage, Pf. 75 Pf.

Soße und röchere alle von mir

gekauft Fleisch- und Wurstwaren

unvergänglich. Hochwertig Schubert.

Hüte

werden schön ornamentiert und

Gedreht, gefräst.

Blumen aus Gedreht billig.

Ida Fleck

Kitschenbroda, Ritterstraße 11.

Gothstein, Blüchhändlerstraße 11.

zu best. Salzmann, Königsfeld 11.

W. Böhm, Böhmischesch. 11. Sehr.

gekauft.

Der Vertrauendmann.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Einzelmitglieder Dresden.

Hiermit den Kollegen zur Kenntnis, daß am 3. Dezember unter

langjähriges Verbandsmitglied, der Kollege

Gustav Eismann

im Alter von 51 Jahren an Lungenschwindsucht gestorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr von der

Halle des Görlitzer Friedhofes statt.

Um recht zeitiges Geleit zur letzten Ruhestätte bitten

Der Vertrauendmann.

Den Kollegen herzlich zur Kenntnis, daß unter Mitglied

Richard Zimmermann

am 2. Dezember im Alter von 23 Jahren nach langer Krankheit

an Herzschlag gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag den 6. Dezember in

Görlitz bei Schmidberg statt.

gefördert von der

Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

Konsumverein Vorwärts

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte

Zwingerstrasse 21/22, parterre und 1. Etage

Luisenstrasse 15, parterre und 1. Etage —

Grösste Auswahl f. praktische Weihnachtsgeschenke

Weiss-, Leinen-, Woll- und Baumwoll-Waren

Mädchen- und Damen-Konfektion, Kostümröcke

Knaben- u. Herren-Anzüge, Joppen, Ueberzieher

Normal- u. Barchentwäsche, Sweaters, Strickjacken, Socken.

Sonntag von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.

Spielwaren-Ausstellung

Grösstes Schuhwaren-Lager.

Gittersee u.U.

Weihnachtsgeschenke!

Nähmaschinen

Wringmaschinen

Zubehörteile

nur erstklassige deutsche Fabrikate
zu billigen Preisen.

Bei Barzahlung 10 Proz. Rabatt.

Teilzahlung monatl. 4 Mr.

Emil Dittrich, Fahrrad-

handlung

Dresdnerstr. 21, bis 6 bis der Zirk.

Passende

Weihnachts-Geschenke

Spiegel, Trumeaus,
Stühle, Sofas etc., kaufen
man billig bei

B. Köhler
Coschütz, Dresdnerstr. 59.

Eport- und Suppenwagen
viel billiger als im Laden.

(Wrone Rückzahl.)

Nur Liliengasse 8, pr.

Billige Seife

Lanolin-, Mandel-, Glycerin-, Rosenseife

nicht 15 Pf., nur 7½ Pf.

Madagaskarseife, nicht 30, nur 15 Pf.

Teerschwefelseife, nur 20 und 30 Pf.

Lilienmilchseife, nicht 50, nur 30 Pf.

Moschus-, Fileder-, Veilchen-Seife

nicht 50 Pf., nur 25 Pf.

Lanolin- und Palmitin-Seife

nicht 25 Pf., nur 18 Pf.

H. Pariser-Seife, oft zu halben Preisen.

L. Koch, Freibergerplatz 1.

Bilder-, Märchen-, Geschichtsbücher

Christbaumbehang in Glas, Schokolade und

Zuckerwaren

Weihnachts- und Neujahrskarten

sowie Zigarren und Zigaretten empfiehlt

Gustav Lauterbach

Rohporträts und Buchhandlung

2 Albertstrasse Heidenau Albertstrasse 2.

Guterhaltene Röhmaschine

für 9½ M. zu verkaufen. Kosten

1½ M. z. r.

Rester!! Ein Polten Holzrestier von

1-3,50 Mark.

solange Vorrat reicht.

Tuchlager Amalienstr. 17, 1.

Effe Tivoli-Diwaldnerbl.

Produktengeschäft, Wölfnitz

Nutowskystrasse 10.

Hierdurch mache ich bekannt, daß ich von jetzt ab jeden

Freitag schlachte und empfehle Fleisch und Wurst

zu **billigstem Preise.**

Hochachtungsvoll Oswin Pfütze.

Sprungks Pfefferkuchen-Bäckerei

Potschappel, Dresdenstr. 10 (vis-à-vis d'm Rathaus)

empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfest Mandel-, Marzipan-,

Schokolade- und Honig-Tüten.

Figuren in jeder Preislage.

Christbaumbehang in Rosette, Schokolade u. Marzipan.

Teateldschokolade. Weihnachtsäster kosten Rabatt.

zu sehr geringe Qualität, empfiehlt zu niedrige Preise.

Schirme Oswald Funke, Schirmfabrik

Vorst. Pieschen Vorst. Löbtau

Bürgerstrasse 44. Kesselsdorferstr. 8.

Frisch eingetroffenen

Mitterspritzen

Zwölfsachen o. 1 M. an. Leib-

binden und alle hygienischen

Frauenartikel.

Preisliste gratis. 15 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger

Am. Tor 37

Effe Tivoli-Diwaldnerbl.

Zucker-Honig

zu Pfund 35 Pf. empfiehlt

Frau Marie verehel. Claus

Rankestrasse 14.

Garantiert keine

Tafel-Schokolade

zu Pfund 95 Pf.

Schokol.-Geschäft Fleißig

Am. Tor 37



Umsonst gibt's bei niemand was, aber stauend billig faust man nicht Herren- u. Damen-Uhren, Wanduhren, wie Ringe, Ketten, Ohringe, Broschen, Trauringe usw., beim weit und breit bekannten

Emil Nagler 17 Rampischenstrasse 17 Minuten der Normader Zeitung Reparaturen billige

Herren - Wäsche Krawatten, blaue Anzüge faust man am billigen bei

E. Köhler, Am. Et. 13. Garantiert keine

Tafel - Schokolade zu Pfund 95 Pf.

garantie (Bravo) die ist

Wiederholung der Regierung bestimmt, welche Gesetze und Verordnungen zu durchsetzen sind. Bei der Wahl der Deutschen Nationalversammlung gaben die Deutschen eine klare Meinung, dass sie die bestehenden Verhältnisse ändern wollen. Die Deutschen wählten einen neuen Reichstag, der am 1. November 1848 in Berlin eintraf. Der neue Reichstag beschloss die Absetzung des Kaisers und die Gründung einer provisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Regierung erklärte die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kaiserreich und rief die Deutschen zur Teilnahme an einer Volksabstimmung über die Zukunft Deutschlands auf. Die Deutschen stimmten für die Unabhängigkeit Deutschlands und gegen den Kaiser. Am 18. Januar 1849 wurde der neue Reichstag in Berlin konstituiert und begann mit seiner Arbeit. Der neue Reichstag beschloss die Gründung einer provvisorischen Regierung unter dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Karl Marx. Die provvisorische Reg

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 282.

Dresden, Donnerstag den 5. Dezember 1907.

18. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

31. Sitzung am 4. Dezember 1907.

(Fortsetzung.)

Vizepräsident Oppitz-Treuen (forts.): Mit Freude begrüßen wir es, daß der Staatsminister zum Aufbrud gebracht hat, daß die Regierung von der Befinnung der Verbindung, von durchaus sozialdemokratischen Gesichtspunkten und von dem besten Willen getragen ist, das, was sie durchzubringen gedenkt, mit verhältnismäßigen Mitteln zu erreichen. Bei Schaffung des Wahlgesetzes von 1888 wurde die gesetzliche Bewegung überschritten, welche sich damals in unserer Arbeiterschaft geltend machte. Die Folge war, daß bereits in den Tagen davor Vertreter der Sozialdemokratie ihren Eingang in die Kammer hatten. 1898 hatte sich ihre Zahl auf 14 gesteigert. Das damals geschaffene Wahlrecht hat das Verdienst, daß es in einer Zeit, in welcher die Umsturzgefahr bedenkliche Formen angenommen hatte, geradezu vor einer Katastrophe bewahrt hat. Auf der anderen Seite haben wir die Wahrnehmung machen müssen, daß sich unser Volk an die Stör, die indirekte Wahlrechtsystem nicht gewöhnen können. Es ist zu befürchten, daß Sachsen bei der nächsten Reichstagswahl ein Fünftel rotes Königreich wird, wenn das gegenwärtige Wahlrecht bestehen bleibt. Darum ist es hochangezeigt, eine Änderung einzutragen zu lassen. Dabei werden wir untersetzen, die Regierung mit allem Nachdruck an die Stelle treten. Wir sind nicht nur formal bereit, die Regierung zu unterstützen, sondern auch bereit, die gesetzlichen Ziele verwirklichen zu helfen, wie die Regierung mit ihrer Vorlage verfolgt. Es wird von hoher Bedeutung sein, bei der Vorlage zu unterscheiden, was Ziel ist, was Weg zum Ziel. (Sehr richtig!) Was Ziel oder Mittel zum Zweck ist. (Sehr richtig!) Wesentliche Ziele der Wahlrechtsreform sind, das indirekte System zu entfernen, den Vertretern der breiten Massen in größerer Zahl den Eintritt in die Kammer zu ermöglichen. Ganz bestimmt ist es auch notwendig, daß wir möglichst und gewissenhaft (Burau: Richtig!) ja angemäßt und gewissenhaft vermeiden müssen, den Vertretern der Massen den Eintritt in solcher Anzahl zu gestatten, wie die Aufgaben dieses Hauses dadurch gefährdet werden. Es muß klug sein, schroff und auf einseitigen Standpunkte stehende Ansichten weder seitens der Regierung, noch seitens der Kammer zu vertreten. Die Verhältniswelt hat viel Bedeckendes, da sie sich an das allgemeine und direkte und zunächst auch an das gleiche Wahlrecht anschließt. Das System hat aber auch große Schwächen, weil die Wirtschaftsgruppen an die Stelle der Parteien treten werden, dadurch würde eine Interessensvertretung geschaffen. (Sehr richtig!), die für das ganze nicht von Vorteil sein würde. Die industriellen Unternehmer würden meinen Ansicht nach an Zahl zu gering sein, um eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung zu finden. Es würden höchstens ein oder zwei industrielle Unternehmer in die Kammer eintreten können. Das ist eine Besorgnis allerfürchter Art. (Sehr wahr!) Ich befürge, daß auf Grund der Verhältniswahl nicht nur 15 Sozialdemokraten in die Kammer kommen werden, wie der Regierungsentwurf ausgedrückt hat, sondern daß der Eintritt einer übermäßig großen Zahl von Sozialdemokraten nicht verhindern lassen wird. Die Kommunalwahlen bieten volle Sicherheit gegen die Sozialdemokraten, das ist gewiß doch anzuhängen. Wenn aber gefragt wird, daß durch die Kommunalwahlen das Niveau der Kammer gehoben werde, so müßten wir das entschieden zurückweisen. (Lebhafte: Sehr richtig! Brav!) Diese Sicherung enthält den Vorwurf gegen diese Kammer, als ob sie die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen könnte. Dagegen müßten wir entschieden Front machen. (Sehr richtig!) Daß das vorgelegte Wahlrecht nicht einheitlich sein wird, halte ich im Prinzip für einen Fehler. Man wird geneigt sein, zwischen zwei Arten von Abgeordneten zu unterscheiden und auch in der Qualität der verschiedenen Abgeordneten Unterschiede zu machen. Die Wahlen durch die Bezirksverbände kann man auch nicht als Vollzähler aufstellen. (Sehr richtig!) Die durch die Bezirksverbände Gewählten wurden nicht das Vertrauen des Volkes geniesen und sie würden unter fortwährender Aufsicht ihrer Wahlorgane stehen. Dann würde halbe Kammer unter dieser Aufsicht stehen. (Sehr richtig!) Das ist mit der Würde einer Ständedeckung nicht vereinbar. Schwerer Besorgniß besteht auch hinsichtlich der Frage, welche Folgen die Durchführung dieses Systems auf die Wahlkörpernäthen selbst haben wird. Auch die Frage der Auflösung der Kammer muß zu bedenken Anlaß geben. Tatsächlich ist die Vorlage für uns nicht eine unannehmbar. Ich erkläre, daß wir unsere Ansicht noch nicht für abgeschlossen erklären. Wie wollen das für und wider der Vorlage auf das gewissenhafte prüfen. Um praktische Erfolge zu schaffen, habe ich zu beantragen, die Kammer sollte befürworten, daß Kreis 12 einer aus 21 Mitgliedern zusammengesetzten außerordentlichen Deputation zur Vorbereitung zu übertragen. Wir werden auch die Möglichkeit eines allgemeinen, direkten Wahlrechts mit der Modifizierung durch ein gewisses Pluralwahlrecht einzuführen. Wir werden mit vollem Nachdruck für eine Wahlrechtsreform eintreten und dabei die wesentlichen Ziele der Regierung unterstützen und werden die geäußerten Ansichten in der außerordentlichen Deputation gewissenhaft und gründlich prüfen.

Der Antrag, das Dekret an eine außerordentliche Deputation von 21 Mitgliedern zu verweisen, wurde völlig ausreichend unterstützt.

Vizepräsident Oppitz: Ich stelle gegenüber dem Vizepräsidenten Oppitz richtig, daß er gesagt habe, daß Büro der Kammer werde durch die Wahlen durch die Bezirksverbände nur unter der Herrschaft des allgemeinen, direkten Wahlrechts gehoben werden. Auf Grund eines solchen Wahlrechts sei aber kein Abgeordneter dieser Kammer gewählt.

Abg. Schäfer-Franckenberg (forts.): Wir stimmen in diesen Punkten mit dem Herrn Vorsitzenden überein. Es handelt sich um die wichtige Aufgabe, auf mögliche volkszählerische Grundlage ein möglichst einfaches und einheitlich gestaltete Wahlrecht zu schaffen. Für mich steht das geltende Wahlrecht unbedingt erhalten bleiben. Den Reichstag soll das geltende Wahlrecht unbedingt erhalten bleiben, trotzdem dieses System jedoch an den Landtagswahlen nicht für vollständig hält. Wenn schlecht gewählt habe. Wenn schlecht gewählt habe, so kann man ein Wahlrecht, das sich im Reiche befindet, ohne weiteres als unbrauchbar beiseite schließen. In Baden und in Württemberg hat man das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Das dort möglich ist, muß auch bei uns erreichbar sein. (Burau: Nein!) Haben doch jetzt auch die sächsischen Konservativen die Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts für eine Notwendigkeit erklärt. Der Dresdner Oberbürgermeister Beuier erklärte in einer Versammlung der Konservativen Vereine zu Dresden, daß Reichstagswahlrecht gehört zu den Grundlagen des Reiches. Was für das Reich gilt, ist aber auch für die Einzelstaaten richtig. (Wider spruch rechts.) Die Regierung hat sich hinter der sozialdemokratischen Gesellschaft versteckt. Weßhalb aber stimmen die Arbeiter sozialdemokratisch? Doch nur zum Teil, weil sie ihrer sozialdemokratischen Überzeugung folgen, viele von ihnen gehen mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel nur ihrem Unwillen, ihrer Unzufriedenheit über die herrschende Zustand aus. Wie man in verschiedenen Gemeindevertretungen die sozialdemokratischen Vertreter wieder mit dem allgemeinen Wahlrecht hinausgewählt hat, so würde das auch in anderen Körperschaften eintreten, weil die Sozialdemokraten ihre Versprechungen nicht halten können, weil sie bei der vorstehenden Aufgabe verlogen. Der Minister hat bestreiten, daß er durch vor der Sozialdemokratie habe. Die Vorlage beweise aber das Gegenteil. Warum habe in Sachsen die Sozialdemokratie einen solchen Aufschwung genommen? Nur deshalb, weil man den unteren Volksstufen das Wahlrecht genommen, und weil man die Gesetze so gehandhabt hat, daß Unzufriedenheit entstehen mußte. Wir lassen uns nicht grausam machen durch die Furcht der Regierung vor den Sozialdemokraten. Wir fordern, daß man jedem Mann aus dem Volke das gleiche Wahlrecht wie dem Reich fordert. 1888 erklärte die sächsische Regierung zur Begründung des damaligen Wahlrechts, der Landtag solle keine kommunale Provinzialvertretung sein. Und jetzt will die Regierung den Landtag dazu herabholen. Wir sehen und damit vor aller Welt in das ungünstige Licht. Wir sind, wie die jetzige Vorlage zeigt, politisch sehr berunterkommen. (Sehr richtig! links.) In Sachsen hat Prinz Schönburg-Carolath das Reichstagswahlrecht für den dortigen Landtag gefordert, indem er auf die Anteilung des Volkes hinwies und darauf, daß sich das Reichstagswahlrecht glänzend gemacht habe. Wenn schlecht gewählt habe, wäre das nicht am Wahlrecht, sondern an der Fähigkeit der bürgerlichen Parteien. Mit denselben Gründen forderte ich das Reichstagswahlrecht für den sächsischen Landtag. Mit demselben Recht wie in Preußen können wir in Sachsen auf die Intelligenz des Volkes hinweisen. — Als besondere Wunsch machen wir noch geltend, die Wahlen an einem Sonntag vorzunehmen. Es liegt kein Anlaß vor, das grundsätzlich Stellung zu nehmen. In verschiedenen Gemeinden hat man das schon verfügt und man ist davon überredigt. — Die jetzige Regierungsvorlage hat allgemein Ablehnung erfahren, besonders gilt das von den Wahlen durch Kommunalverbände, von denen niemand etwas wissen will. Glaubt denn der Minister, daß, wenn es zu einem Konflikt zu einer Auflösung des Landtages kommt, die Wähler die selbst von der Regierungsvorlage nichts wissen wollen, andere Vertreter in den Landtag entsenden werden? Kommt aber eine Wahlrechtsreform zu stande, werden die Folgen nicht aussieben. Ich verweise nur auf das Ergebnis der Reichstagswahl von 1903. Wie ist das stande gekommen? Weil die Sozialdemokratie die Wahlrechtsreform in Sachsen und das Reichstagswahlrecht bei der Landtagswahl geschäftig gemacht haben. Die Wähler aber hätten in Sachsen keine andere Möglichkeit, ihrem Unwillen Ausdruck zu verleihen. Am Ende stand die Regierung die politischen Parteien in die Tote stellen; damit wird sie kein Glück haben,

Einererung des Landtages können wir nicht unterstützen, denn es würden sich wenig Leute bereit erklären, in jedem Jahre 6 Monate in der Kammer zu sitzen. Wir sind bereit, in der Deputation mitzuwirken und einen Weg zu suchen, der uns zu einem allgemein oder wenigstens weitkreisig bestehenden Wahlrecht kommen läßt. (Beifall.)

Abg. Günther-Blasen (freis. Volks.): Die Regierungsvorlage zeigt denkbar Großes Mißtrauen gegen das sächsische Volk, wenn die Regierung der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister Grafen v. Hohenlohe bei seinem Amtsantritt gehaftet wurden, sind durch den vorgelegten Entwurf enttäuscht worden. Die scharfe Kritik, die an dem Entwurf von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, war berechtigt, denn der Entwurf schafft wiederum zweierlei Abgeordnete. Die Kritik des Vizepräsidenten Oppitz an der Zeuerung des Herrn Geh. Regierungsrates Heintz wegen der Redung des Niveaus der Kammer, muß ich politisch billig. Die Wahlen durch die Kommunalverbände bestehen, um das Überzeugen der Sozialdemokratie in der Kammer zu schützen. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Verteilung dieses Gesetzes ist eine Folge der Zähligkeit der bürgerlichen Parteien gewesen. Ich freue mich, daß Vizepräsident Oppitz heute eingestanden hat, daß sich seine Partei bei der Abschaffung des über Wahlrechts und der Einführung des Dreiklassenwahlrechts in einem Kreis befinden habe. Die Hoffnungen, die an den Minister

genialisch bei meiner Partei ist daß von vornherein ausgeschlossen. (Heiterkeit.) Meine Partei wünscht sich um Volke, bei uns ist eine Kandidatur nur möglich, die die Zustimmung der Bürgerschaft hat. (Ja, na! Ja, Sie deutesten uns nach Ihren Zuständen; Kandidaturen einer Partei sind aber nur möglich, wo sich die politischen Meinungsverschiedenheiten unter demokratischen und die Wirtschaft streiten. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung ein allgemeines Wahlrecht vorschlagen hätte, hätten wir uns das reden lassen, aber ein solches ungerechtes System, das auch noch mit kommunalen und einem Pluralwahlrecht verknüpft ist, müßten wir entschieden beklagen. Das Pluralwahlrecht ist das reziproke Wahlrecht. In Belgien hat sich's ergeben, wie es will, dort sind die Aktionärsen durch dieses System zur Geschäftsführung gekommen; sie erhalten auf je 11.000 Wähler einen Sitzen. Die anderen Parteien erhält auf je 60.000 Wähler einen Sitz. Obwohl nur die Opposition im ganzen Lande mehr Stimmen abgegeben werden als für die Aktionärsen, verfügen diese doch über 111 Sitze neben 41 Sitzen der Opposition. Ich muss fragen, wie kann man in Sachsen, wenn man auf dem Standpunkt des Pluralwahlrechts steht, noch Zusammensetzung für Bildung und Belebung geltend machen? Sie vereinten sich das mit den Ausführungen des Oberstaatsrates Weimann vom Kultusministerium, der fürstlich gelagert hat, unter höchster Arbeitsschafft bei bestmöglichem und das ist ein Erfolg unserer Schulen. Das Ministerium des Innern sollte doch hier davon denken, was der Kultusminister getan hat. Wenn es sich freilich um die intelligenten Arbeitnehmer kümmert, wird es ja finden, daß die Sozialdemokraten sind. (Gurui: Vieber!) Ja leider sagen Sie, aber die intelligenten Leute sind Sozialdemokraten. Das können Sie nicht belegen. Wie kann man es nun verantworten, daß man Leute mit dem Erziehungsministerium eine Zulassungserlaubnis geben will? Sie haben doch in der Regel ein anderes Bedürfnis, als auf Staatskosten sich eine gewisse Bildung eingerichtet zu haben. Dafür sollen sie noch extra mit einer Zulassungserlaubnis beladen werden. Sie Leute aber, die die Volksschule besucht haben, weil man noch dafür bestraft, weil der Staat so lärmig mit Bildung bedacht hat. Sie müssen einfachen, daß das unmöglich Geschicklich genannt werden kann. Ferner haben Sie eine Bildungserlaubnis vorgesehen für jeden, der mehr als 120 Einheiten hat. Solche erinnern 1833 51.306. Es gab aber 83.634 Landwirte im Haushalt. Wo liegen die 32? Tausend Kleinbauern, die über die 51.000 privilegierten hinausgehen? Sie haben nur wohl loyale Wahlrechte, weil sie nicht soviel Land haben wie die anderen. Also von der Größe des Landes hängt das Wahlrecht ab. Und das nennen Sie Gewerkschaften? Sie wollen tatsächlich alle Leute mit mehr als 10.000 Pfund Jahreseinkommen eine Zulassungserlaubnis erhalten. Wo bleiben dann die 20.000 Handwerker, die ein solches Einkommen nicht haben, die aber doch stolz auf den Meisterbrief sind? Die alten Webmänner u. a. die oft nur 400 und 500 M. verdienen. (Ja, na!) Wir sind ja so gewöhnt, daß Sie den Arbeitern weniger Gehalt erläutern, wie kommen Sie aber dazu, Ihre Klassengenossen, die Bauern und Handwerkern, zu entreden, die sonst von Ihnen so viel unzureichend werden? Wie das Nichtchristentum reicht, gibt die Regierung ja selbst an. Von 656.645 Wählern haben 315.162 nur eine Stimme, 48 Proz. der Handwerker, Arbeiter und Dienstboten werden entreden. Und weshalb? Um einer Überleitung der Kammer mit Sozialdemokraten vorzubeugen. Man spricht den Mann mit dem kleinen Kammermann mit einer Stimme ab, weil man behauptet, er habe sozialdemokratische Tendenzen.

Von gewisser Seite legt man so großes Gewicht auf die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreisverteilung, daß die Begründung des platten Landes, aber in seiner Weise mehr berechtigt ist, jetzt die starke Vergrößerung der Steuerleistung zugunsten der Städte. 1871 eroberten die Städte einen Steuerwert von 4% Millionen M., 1906 einen solchen von 36.737.000 M., das sind 75 Prozent, die Landgemeinden ergaben 1871 70 Prozent der Einkommensteuern, 1906 aber nur noch 25 Prozent. Schließlich ist es bei den Gemeindewahlen, von denen die Städte 100 M. aufzutragen, daß Land aber nur 18 M. M. Bei den Grundsteuern und Erbschaftssteuern ist es ähnlich. Die Bevölkerung breitete sich in den Städten 1871 auf 4.013.901, auf den Lande auf 1.542.340, 1906 dagegen auf dem Lande auf 2.086.381, in den Städten auf 2.422.221. Es haben sich also die Verhältnisse zwischen Stadt und Land völlig verschoben. Und es wäre ungerecht, wollte man das plante Land noch in den bisherigen Weise begünstigen.

Aber das Schlimmste, was uns hätte begegnen können, sind die Wahlen durch Kommunalverbünden. Als ich die Begründung hörte, die der Regierungsrat Dr. Heinz der Vorlage mit auf den Weg gab, habe ich mir gefaßt, daß ich eine Art staatsrechtlichen Berne. (Heiterkeit.) Bei diesen Wahlen werden gewisse Leute zweimal wählen können, den Arbeitern wird es aber nicht möglich sein, dadurch einen Vertreter zu erlangen.

Nun einige Bemerkungen über die Bezirksvorstände. Ich habe Ihnen angezeigt, daß die Wahl eines Arbeitervorstellers da völlig ausgeschlossen ist. Drei Arbeitervorsteher allerdings zugelassen werden bei 30 Vorstehern. Das ist nichts anderes als eine bloße Dekoration. Glaubt denn jemand, daß je Arbeitervorsteher dort Einsicht erlangen könnte? Das soll nur etwas heißen. Man soll doch die Arbeitser nicht für so dummen halten und glauben, daß sie darauf hereinfallen. Durch den § 5 des Gesetzes über die Bezirksvorstände will die Regierung den Arbeitern besondere Vorrechte sichern. Es sollen die Angestellten, die zwei Landgäste von erheblicher Größe haben, als höchstbewertete unter Umständen zugelassen werden. Aus dem Recht der Städte ist das Recht der agrarischen Bewegung geworden. Und die Angestellten sind dafür nicht einmal dankbar, sie trauen dem höchsten Glauben, den Herrn des mobilen Kapitals nicht. Es hat allerdings der Abg. Quig erklärt, daß er mit dem Geist nicht zufrieden ist; aber da jetzt die Spaltung bei Ihnen (zu den Konkurrenzparteien) zu Hause ist, könnte es ja sein, daß man darüber in der konserватiven Fraktion auch andere Ansichten hat.

Noch kurz ein paar Worte zu den freiwilligen Anträgen. Ich bin genauso für das allgemeine Wahlrecht, kann aber nicht verstehen, wie man sich für das Gewissenswahlrecht gleichzeitig erwärmen soll. (Gurui des Abg. Günther.) Welchen Jesus wollen denn die Herren? (Zwei oder 30 Personen?) (Gurui Günther.) Ja da müssen Sie etwas bestimmter beantworten. Dem Antrag 16, der die einzjährige Freiwilligkeit fordert, kann ich nur zustimmen. Es ist auch kein Grund vorhanden, sich vor Bevölkerungsstatistik zu stören. Wir haben sie im Reichstage und haben damit keine üblen Erfahrungen gemacht. Wie haben doch auch unter uns Bevölkerungspolitik, die im Landesfürsorge und auch sonst tätig sind. Ich nenne die Herren Mehrtens, Lüder, Drisch und Hartmel. Das sind dann auch Bevölkerungspolitiker. Schön Bevölkerungspolitiker. (Heiterkeit.)

Von der Majorisierung der Kammer ist heute die Rede gewesen. Es ist der alte Hund mit einem anderen Halsband. (Heiterkeit.) Rad der herrschenden Auffassung, die Meierhöfer einmal Missbrauch verübt hat, sind Wahlkreisgegenstand der Erziehung; deshalb kommt das Wahlrecht nicht stabil hin, sondern mußte sich nach Zeit und Umständen richten und nach deren Bedürfnissen ungestaltbar machen. Damit Ihnen Sie die naturrechtliche Achtung vor der Gleichheit und urprünglichen Gleichberechtigung aller Menschen ab. Ihnen ist schon das Wahlrecht nur Mittel zum Zweck. Wobei geht Ihnen vor Blicke. Auch wir glauben nicht, daß es jemals eine absolute Gleichheit geben werde. (Gurui: Wohl!) Schlußberühmt, daß dann es gar nicht geben; aber wir fordern die volkswirtschaftliche Gleichberechtigung. Den Zweck besteht das allgemeine Wahlrecht 40 Jahre, in Baden und Württemberg ist es neu eingeführt worden, warum nicht es bei uns nicht? Weil wir hohe Sozialdemokratie haben! Und so geht bei Ihnen alle Wahlrechtsphilosophen aus, führt vor der Sozialdemokratie zum Teufel. Warum liegen Sie das nicht bei heraus? Hier hilft ein Blinderwissen, hier muß geschaffen werden. Es wäre nur zu müßig, daß das in Sachsen bald klar wird. Vieler Tage haben wir gelebt, daß man sogar in Olbenburg das allgemeine Wahlrecht einführen will, und auch in Linde. Da könnten Sie wieder sagen, da gibt es nicht so viel Sozialdemokratie; da fällt den Herrschenden das Herz nicht in die Hosen. (Heiterkeit.)

Die Ausführungen des Abg. Quig haben mich etwas in Erinnerung gerufen. Wir haben doch gehört, daß die Konkurrenzparteien einen Wahlkreisverband einzurichten mögen. Zog höchstens wir, das die Konkurrenzparteien Ihnen beigegeben wollen. Interessant ist, daß die Ausführungen des Abg. Oppitz und Schiedt einander grundlegend so nahe rücken. Da

könnten wir ja bald ein Gesetz 4. Klasse für den Sachsenbalischen Entwurf vorlegen. Man wird also nicht aufklären, sondern gegensteuern müssen. Die vom Abg. Zimmermann vorgeschlagene Wahlklausur scheuen wir nicht. Untere Abhänger gehen ja zur Wahl; wenn die den bürgerlichen Parteien zu Hause bleiben, ist es ihre eigene Schuld. Das in Sachsen die Wahlteilnahme auf 39 Proz. zurückgegangen ist, liegt an den elenden Wahlrechten. Der Abg. Zimmermann hat heute keine Wahlklausur gemacht; vor zwei Jahren forderte er noch einen Gesetz von 7 M. Heute hat er sich schwächen daran gedacht, dafür hat er wieder auf uns reagiert. Sie sollten sich lieber um die Zukunft in Ihrer Partei kümmern, wo wirklich nichts mehr zu tun ist. Im Übrigen bleibe ich dabei, daß der Anteilswahlklausur die größte Schande des Jahrhunderts ist.

Nach einige Bemerkungen zur Regierung. Graf Hohenlohe hat sich obdach über die Wahlkreisverbaugewohnheit geäußert. Sind etwa Maßnahmen zu erwarten? Diese Haltung ist wohl auf die Denomination in den Dresden Nachrichten zurückzuführen. Dort wurde behauptet, es würden 600 Demonstranten versammelt. Das wird man ebenso ausrichten müssen. Bis jetzt sind nur Massenveranstaltungen angedeutet. Wo können wir hin, wenn man da ohne weiteres droht und demonstriert? Das Volk erwarte von Ihnen das allgemeine Wahlrecht. Und das wird es zum Ausdruck bringen. Die Regierung sollte sich aber von den Dresden Nachrichten nicht durch machen lassen. Durch Auflösungen und kritische Mahnungen würde man nur Erbitterung schaffen.

Am Übrigen möchte ich nur wünschen, daß der Wahlkreisentwurf nicht noch mehr verschoben wird. Sozusagen hat er standhaft, es steht über die Wahlkreisverbaugewohnheit präsentiert. Sind etwa Maßnahmen zu erwarten? Diese Haltung ist wohl auf die Denomination in den Dresden Nachrichten zurückzuführen. Dort wurde behauptet, es würden 600 Demonstranten versammelt. Das wird man ebenso ausrichten müssen. Bis jetzt sind nur Massenveranstaltungen angedeutet. Wo können wir hin, wenn man da ohne weiteres droht und demonstriert? Das Volk erwarte von Ihnen das allgemeine Wahlrecht. Und das wird es zum Ausdruck bringen. Die Regierung sollte sich aber von den Dresden Nachrichten nicht durch machen lassen. Durch Auflösungen und kritische Mahnungen würde man nur Erbitterung schaffen.

Staatsminister v. Hohenlohe: Dem Abg. Goldstein entgegne ich, die Regierung werde sich nicht darüber machen lassen. Von einer Denomination ist uns nichts bekannt. Den Artikel in den Dresden Nachrichten habe ich nicht gelesen, wohl aber den Nutzen in der Sacharbeit erkannt, in dem zu Demonstrationen aufgerufen wird. Und was das zu bedeuten hat, wissen wir aus der Zeit von vor zwei Jahren. (Sehr richtig!) Die Regierung läßt sich, das ist nochmal gelöst, nicht überreden, sie wird sich aber auch nicht stumpf machen lassen. Der Abg. Günther habe gefragt, ob er, der Minister, die Sozialdemokratie für sozialstaatlich halte. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht. Richtig verwechsle ich auch nicht die Sozialdemokratie mit der Arbeiterschaft.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürften keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Richtig verwechsle ich auch nicht die Sozialdemokratie mit der Arbeiterschaft.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürften keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürften keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

Abg. Müller (nach): erläutert, daß er für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei. Sollte das nicht erreichbar sein, sei er für ein liberales Zensuswahlrecht.

Abg. Spies (konf.): Wenn der Abgeordnete Goldstein dazu bei treten wolle, daß wirkliche Arbeitervorsteher in die Kammer kämen, würde er die ganze Kammer auf einer Seite haben; aber es dürfen keine Arbeitervorsteher sein, die von der Sozialdemokratie bereits vertrieben werden, das ist nicht mehr erlaubt.

Abg. Günther: Ich halte die Sozialdemokratie für sozialstaatlich. Ich halte sie für staatsgefährlich, die heutige Rote des Abg. Goldstein hat dafür einen neuen Beleg erbracht.

</

Arbeiter! Parteigenossen! Agiert für Eure Zeitung!

Reichstag.

65. Sitzung. Mittwoch, 4. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Um Bundesstaatlich: Erheb. v. Stengel, v. Bethmann-

Görlitz, v. Einem, Nieberding.

Die erste Beratung des Staats wird fortgesetzt.

Kriegsminister v. Einem:

Ich sehe mich veranlaßt, auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Paeschke zu antworten. Herr Paeschke hat mir hier aus Anlaß der Präsidentenrede, in einer vorzülichen Unterredung mitgeteilt, daß er mit einigen Punkten meiner Ausführung nicht einverstanden sei. Wenn Herr Paeschke nun behauptet, am Schluß gesagt zu haben, daß er in der nächsten Sitzung auf diese Punkte zurückkommen wolle, so glaube ich ihm, erwarte aber auch auf sein bestimmt, daß er in ihr glaubt, wenn ich sage, ich habe diese Reaktion nicht gehabt. (Hört! hört! rechts.) Herr Paeschke sagte, er möchte erwarten, daß die Theorie der Reichsbeamten während der Haiderrede hier zugegen wären. Es hat gewiß recht, aber, meine Herren, auch ein Minister hat das Recht, Kritik zu sein. Ich bin gegen den Willen der Dörfler vor einigen Tagen hierher gekommen und habe gesprochen. Ich bin gestern zu Hause gewesen, einmal weil ich glaubte, daß Herr Paeschke gerade nach unserer Unterredung nicht sprechen werde. (Hört! hört! rechts) und weil meine Geschäfte mich drängten. Ich hatte wohl annehmen dürfen, daß Herr Paeschke gestern einem meiner Herren einen Brief gegeben hätte, mich zu rufen. (Lebhafte Beifall. Sehr richtig! rechts.) Er mußte sich sagen, daß bei dem, was er vorbringen wollte, der größte Wert darauf zu legen sei, daß ich zur Stelle war und gleich antwortete. (Lebhafte Beifall. Sehr richtig! rechts.) Wenn jemand die Absicht hat, diese Dinge kräftig mitzublämpfen, dann darf er unter keinen Umständen auch nur indirekt dahin wirken, daß derjenige, der an verantwortlicher Stelle steht, als ein Drückerberger erscheint. (Sehr gut! rechts.) Herr Paeschke hat bewundert, daß so und nicht anders mit den Grafen Hohenau und Lynar verfahren sei. Ich habe in meiner ersten Rede gesagt: „Die jetzt im Gange befindliche kriegsgerichtliche Unterredung wird zeigen, ob im Falle des Grafen Lynar der § 147 verletzt ist, und es wird dann eingehend untersucht werden.“ — Ich habe also indirekt zugegeben, daß ein Fehler in der Verhandlung dieser Angelegenheit vorliegen könnte.

Der Abg. Paeschke hat gestern erklärt, es hätten beim Grafen Lynar die Verfehlungen gegen seine Untergaben offen star gen. Das ist absolut nicht richtig. Alles gelegent hat nur die eine Sache mit seinem Vorschen, den ich hier ausdrücklich und vollständig erzählt habe. Bezuglich des Grafen Hohenau bemerkte ich, daß die preußische Armee von S. M. dem König von Preußen kommandiert wird. S. M. der König haben es sich ausdrücklich versprochen, selbst zu befinden, ob und wann ein ehrenamtliches Verfahren gegen einen General stattfinden soll, vorzüglich gegen einen General à la suite, der allein S. M. unterstellt ist. Wenn S. M. in dieser Frage das ehrenamtliche Verfahren gegen den Grafen Hohenau ausgelegt hat, so habe ich nicht immer die Macht, und

ein Mensch in der Welt hat die Macht, dagegen etwas zu tun, und man muß sich damit eben begnügen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Nach unserer Heeresorganisation, nach der Stellung, die S. M. als Oberbefehlshaber an der Spitze der Armee einnehmen, ist davon nichts zu ändern. (Einerseits lebhafte Zustimmung rechts. Widerstand und Unruhe links.) Ich habe gesagt, die ehrenamtliche Untersuchung läuft nicht weg. Ich seile hier dem hohen Hause mit, daß beide Angeklagte sich gestellt haben. (Lebhafte Beifall. Hört! hört! rechts.) Der Prozeß wird also seinen geordneten Lauf nehmen. (Lebhafte Beifall. rechts.)

Der Abg. Paeschke hat bemängelt, daß ich nur von „Buben in Zwischen“ gesprochen habe. Weiters hat er gesagt, ich hätte für die Grafen Hohenau und Lynar nur Worte der Entschuldigung gegeben (mit ergänzender Stimme), ich habe gesprochen von den Buben ganz allgemein, die unsere Soldaten verführen. (Lebhafte Beifall. Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Ob es Offiziere sind, ob es Grafen sind, ob es Prinzen sind, sie mögen dieses Wort auf sich beziehen. (Sturmischer Beifall rechts.) Im übrigen habe ich nicht ein einziges Mal gesagt, der „Bube“ Volkhardt, sondern der Junge Volkhardt, und andererseits habe ich gesagt, der Angeklagte Graf Lynar und der Angeklagte Graf Hohenau. Ich lehne es ab, daß ich bloß Entschuldigungen für die beiden Angeklagten gegeben habe. Ich habe gesagt, ich hoffe, daß sie sich stellen werden und daß sie büßen, was sie geschehen und was sie sich selber zuschreiben haben. Sind das Entschuldigungen? Ich glaube nicht.

Am 29. November, als ich sprach, war mir die kriegsgerichtliche Verhandlung vom 28. November noch nicht bekannt. (Hört! hört! rechts.) Es wäre ein unbedeutliches Verlangen, daß eine Verhandlung vom 28. mit schon am 29. verliegen müßte. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Ich habe also nur von Verhandlungen gesprochen, die am 28. und 29. November stattgefunden haben. Nach dem, was mir vorlag, war ich berechtigt, zu sagen, daß der Belastungszeugze allein der Junge Volkhardt war. Die anderen Jungen haben durchaus nichts Bestrafbares angegeben, sondern lediglich Gerüchte, und mehrere der Jungen haben sich auf den Jungen Volkhardt begeben. Aber aus dem, was ich hier habe, kann man nicht einmal entnehmen, daß er ihnen diejenigen Mitteilungen gemacht hat, die er an Harden und die er im Prozeß Harden unter Ausschluß der Öffentlichkeit gemacht hat. Ich war also berechtigt, zu sagen: es ist noch nichts erwiesen, es liegen nur unkontrollierbare Gerüchte vor, der Belastungszeugze ist Volkhardt. (Sehr richtig! rechts.)

Auch von dem Aufschreis des Grafen Hohenau ist verschiedenlich gesagt, er könne etwas von diesen Dingen wissen. Der Mann ist 15 Jahre bei dem Grafen Hohenau gewesen und hat ausgesagt, daß er niemals etwas davon wußtengenommen hätte, daß sein Herr beratige Dinge trieb. (Hört! hört! rechts.) Um zu illustrieren, wie Gerüchte entstehen, hat er gesagt, eines Tages habe ihm jemand auf dem Egerplatz in Potsdam gesagt: „Deinen Herren haben sie gestern ordentlich vorgehangen in Berlin.“ Er erwiderte: „Meinen Herren, den habe ich ja gestern abend mit seiner Familie von seinem Hause zu einer Besprechung bei der Prinzessin Alexandra von Preußen gefahren und nachher wieder von dort abgekehrt.“ Darauf habe der andere gesagt, er könne ja den Grafen Hohenau nicht, aber der Betreffende habe sich für den Grafen Hohenau ausgegeben. (Lebhafte Bewegung.)

Der Abgeordnete Paeschke hat Briefe vorgezeigt, die Graf Harden an den Jungen Volkhardt geschrieben hat. Ich frage nicht, wo der Abgeordnete Paeschke die Briefe herbekommen hat. (Hört! hört! rechts), ich will auch nicht annehmen, daß es etwa diejenigen Briefe sind, die in der Vernehmung vom 28. v. M. Herr Harden dem Gericht in Abschrift vorgelegt hat. Das Gericht kennt also diese Briefe. Ich habe auch eine Menge von Briefen an Untergaben geschrieben, indem ich diesen auch Geld geschenkt habe. Ich habe das auch als Mindeste getan. Auch haben eine ganze Reihe weiterer Untergaben Bilder von mir bekommen, in Paradeuniform, weil das die Leute so gern haben. Das beweist doch aber nicht, daß man homoseksuell veranlagt ist. (Heiterkeit rechts.) Wenn Herr Paeschke andere Briefe hat, möchte ich ihn höflich und disponierend bitten, sie vorzulegen dem Gericht der ersten Kavallerie einzurichten. (Sehr gut! rechts.)

Auch der Hauptmajor v. Hülfen ist von Herrn Paeschke vorgeführt worden. Er soll im Haiderprozeß ausgesagt haben, von den Verhältnissen des Grafen Hohenau, des Grafen Lynar und auch des Grafen Möllte gewußt zu haben. Der Zeitungsbearbeit

über die Verhandlung im Haiderprozeß beweist das Gegenteil. Major v. Hülfen ist auch heute morgen eingetroffen erregt darüber gewesen und hat mir ausdrücklich gesagt, daß er nie gehört habe, (Hört! hört! rechts.) Gerüchte über den Grafen Möllte seien mir einmal vor dem Eingreifen des Kaisers an ihn geworfen, er habe sich auf das bestimmte zurückgewandt. Daß die Armee zu einem großen Teil nichts von diesen Dingen gewußt hat, habe ich natürlich durch Hinweis auf die verschiedenen Persönlichkeiten belegt.

Ich habe hier zwei weitere Mitteilungen, einmal von einem General, der von 1890 bis 1902 die der Villa des Grafen Lynar benachbarte Adlerallee bewohnt hat, und von einem anderen Offizier, der mit seit meiner Jugend befreundet ist und auch lange in Potsdam gelebt hat, die ebenfalls beide bestätigen, daß etwas von abweichen Reaktionen des Grafen Lynar gehört zu haben. Also von einer allgemeinen Verbreitung kann keine Rede sein. Wenn Herr Paeschke von hohen Offizieren Mitteilungen in dieser Richtung bekommen hat, so möge er die Namen dieser Offiziere dem Gericht nennen. Wir wollen doch aus dem Schuhwerk heraus (Lebhafte Beifall), wie wollen doch diese Angelegenheit aus der niedrigsten Altersstufe des Altershauses erheben. (Sehr gut! rechts.) Von den jüngsten Wiedern hatte mir Herr Paeschke schon in der Unterredung gesprochen, worauf ich erwiderte, daß sei für mich kein Gewebe. Nachdem das öffentliche wiederholt hat, daß ich ihn delingen, diese Offiziere dem Generalstabskommando des Gardekorps zu nennen; denn solche Vorgänge müssen die Disziplin zu gründen eischen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Niemand kann mehr bedauern als ich, daß ich von all diesen Dingen keine Kenntnis gehabt habe. Hätte ich etwas davon gewußt, waren diese Sachen nicht passiert, oder ich könnte nicht vor Ihnen. (Sturmischer Beifall rechts.) Wie leben in einer Zeit des Altershauses, der — von Wund zu Wund weiterzähmen — sich um die Ehre des Hauses nicht viel kümmert. Selbstverständlich meine ich mit dieser Bezeichnung niemand aus diesem hohen Hause. Gewiß ist es Gold, was hier im Reichstag gesprochen wird (Heiterkeit), aber die Tatsachen stehen mir höher, und so ziehe ich an jedermonat die Wahlung, mitzubringen, daß wir aus dieser erhaltenen und schmäblichen Äffäre herauskommen. Wir müssen dafür sorgen, daß die dieser Tatsch ein Ende nimmt, daß mit allen Mitteln Gesundheit geschaffen wird, daß, wo ein Kranker sich in dem ganz gebrüden Körper befindet, er entfernt wird. Meine Herren, helfen Sie mir! (Sturmischer Beifall, besonders auf der Rechten.)

Es ist ein

Vertagungsantrag

der Abg. v. Normann (l.), Bößermann (nat.), Dr. Müller-Melching (fr. Vp.), Biedermann v. Sonnenberg (krieger. Vp.), Schröder (fr. Vp.), v. Payer (deutsche Vp.) und v. Kamp (Vp.) eingeflossen.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. (Lärm im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Außer: Die Mehrheit in zweiter Instanz?

Es ist eine unerhörte Vergewaltigung. (Wiederholter stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum. Lärm im Blod.)

Das ist eine parlamentarische Kamarilla.

(Anhaltender tosender Lärm im Blod. Lebhafte Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die jetzige Majorität des Hauses scheint hinter dem Blod den anderen Mitglieder Geschäfte betreiben zu wollen. Auf die Angabe der Bößermann über die Vertagungsgründe kann man sich nicht verlassen; denn sie widersprechen einander völlig. Wer hat recht: Herr Bößermann oder Herr Wiener? (Kauf! Kauf! rechts.) Bei dem stürmischen Heiterkeit. Wir könnten über die Gründe aufgeklärt werden, wenn der Präsident eine Geschäftsaufklärungsdebatte zulassen würde. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Unseren Antrag auf

einige namentliche Abstimmungen halten wir aufrecht, weil wir den höchsten Wert darauf legen, daß das Land die Namen der Leute erfährt, (Großer Lärm rechts) die den Matz haben eine Vertagung zu beschließen, und damit nahezu die Hälfte des Hauses von den Idioten geworbenen Kenntnis auszuhöhlen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich wiederhole: In toter Weise ist für solche Dinge der Seniorenlkongress im Blod zu nehmen und nicht

ein Privatkongress des Fürsten Bülow.

(Anhaltender stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum. Wiederholter Blod im Blod.)

Präsident Graf Stolberg stellt nunmehr die Unterstüzungsfrage zum Antrag auf Vertagung.

Der Blod erhält Blod. (Lebhafte Beifall im Blod.)

Präsident Graf Stolberg stellt weiter die Unterstüzungsfrage für den Antrag Singer auf namentliche Abstimmung.

Sozialdemokraten, Zentrum und Polen erheben sich.

Die Unterstüzung reicht aus.

Die Abstimmung ist also namentlich. Von 304 Abgeordneten stimmen 169 mit Ja, 184 mit Nein. Einer entfällt sich. Die Vertagung ist also beschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Staatsdebatte.)

Schluß 2½ Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Mut der Umgebung.

Eine Art Weihnachtsübersicht bereitete Herr Baumeyer Heger in Postkoppel wie wir schon gestern kurz berichtet, den bei dem Neubau der Sachsenhäuser Buchstube in Druden beschäftigten Maurer und Zimmermern. Dieser Betrag der Lohn nach dem für das Baugewerbe geltenden Lohntarif für Maurer und Zimmerer 52 Pf. pro Stunde. Bauarbeiter Heger ist nun nicht Mitglied des Arbeitgeberverbands. Am Sonnabend erklärte er seinen Leuten, daß ab 2. Dezember nur noch 47 Pf. gezahlt würden. Die in Frage kommenden Arbeiter erklärten, damit nicht einverstanden zu sein. Am Montag wurde durch die Fabrikleitung eine schriftliche Erklärung verlangt, daß sie ab 47 Pf. arbeiten wollten. Das wurde abgelehnt und die Arbeiter ausgeworfen. Auf Vorstellungen der Vertreter des Gewerkschaftsleiters wurde diesen vom Baumeyer erklärt, daß es ihm leid tut, kurz vor Weihnachten die Leute entlassen zu müssen, aber da Fabrikleitung zahlte ihm von jetzt ab statt 52 nur 42 Pf. für einen Maurer- oder Zimmerergesellen.

Wenn das aus Tatsache beruhnen sollte, dann wäre in erster Linie die Fabrikleitung für die Lohnkürzung verantwortlich zu machen. Die Tatsache beschäftigt außerdem selbst eine Anzahl Maurer und Zimmerer zu 45 Pf. Stundenlohn. Es wäre gut, wenn diese Kollegen ebenfalls den tarifmäßigen Lohn verlangen und nicht mehr 10, sondern nur 9 Stunden arbeiten würden; sogar Sonnabend wird oft gearbeitet. Da es sehr leicht möglich ist, daß die Fabrikleitung nach die Löhne dieser Kollegen zu senken veruchen wird, täten diese gut, sich mit den Ausgeberten solidarisch zu erklären. Die Fabrikleitung würde dann sehr bald einsehen, wohin sie mit der Art „Weihnachtsgeschenk“ kommt.

Folates.

Einigung der Tabakarbeiter.

Bei der Urabstimmung der lokalorganisierten Tabakarbeiter am Montag wurde der Übergang in den Tabakarbeiterverband mit einer Stimme Majorität angenommen. Von 113 Abstimmenden waren 56 für, 55 gegen. Anschließend 2 Mitglieder gaben unbeschriebene Zeile ab. Das ist allerdings gerade sehr erhebliches Resultat.

Nachdem die Einigung, wenn auch nur mit sehr knapper Majorität, beschlossen worden ist, werden hoffentlich auch die dem Anschluß Widerstehenden sich dem Wechselwagen und gemeinsam mit ihren Kollegen den Kampf für die Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter führen. Die Seiten sind für die Tabakarbeiter einig genug. Sie werden ihre ganze geschlossene Kraft bilden, um den ihnen drohenden Stürmen zu trotzen. Daraus ist das Ende der Frischplitterung mit großer Freude zu begrüßen.

J. Bargou Söhne

DRESDEN

Wilsdrufferstrasse 54, am Postplatz.



Schulranzen

in Cloth, imitiert Seehund oder farbigem Plüsch.
diesel. Stück M. — 35, 1.40, 1.90, 2.25.
Desgleichen mit echtem Seehundfell und pa.
Sintogen, Stück M. 3.50 und 3.75, in Leder mit echtem
Seehundfell, Stück M. 4.— und 4.50. Desgleichen
in Leder mit Plüschesel, Stück M. 2.75 und 3.—.

Massiv-Rindleder-Tornister

Stück M. 5.75, mit Seehundfell, Stück M. 7.—.

Schüler-Mappen

in Rindleder, für Arme und Ränder,

Stück M. 7.— und 8.—.

Mädchen-Schulmappen

für Arme und Ränder, in Cloth Stück M. 1.25, 1.90 und 2.50, in Leder Stück M. 4.—, 4.75,
in prima Rindleder Stück M. 6.— und 7.—.

Ranzen von M. 1.90 an sind in solider Sattlerarbeit ausgeführt.

Bücher-Träger für Knaben und Mädchen, in der Hand und unter dem Arm zu tragen,

Stück M. — 45, 1.25, 1.50 und 1.75.

Kolleg- oder Studenten-Mappen in weichem Leder, Stück M. 2.75,

3.50, 4.25.

Desgleichen in solider Ledertuch, Stück 35, 45, 60 und 85 Pf.

Quart- und Oktav-Schreibebücher sowie Diarien

in den neuen vorschriftsmäßigen Einbauten

für Bezirks-, Bürger- und höhere Schulen.

Für die verwendeten zu unseren Schreibebüchern und Diarien nur gute Qualitäten Papiere und werden dieselben wegen ihres qualitätsreichen, kräftigen Papiers gern gekauft.

Schreibhefte, unliniert und liniert 12 Blatt 16 Blatt 22 Blatt

Rechenhefte, fariert Stück 5 Pf. 8 Pf. 10 Pf.

Duzenz 55 Pf. 75 Pf. 1.— Pf.

Duzenz 60 Pf. 90 Pf. 1.20 Pf.

Schreibhefte, unliniert und liniert, 9 Bogen = 36 Blatt, Stück 15 Pf., Duzenz 1.75 M.

Schreibhefte mit Konzeptpapier, 32 Blatt, unliniert und liniert, Stück 10 Pf., Duz. 1.10 M.

Diarien mit festem Pappedecke, unliniert und liniert, 48 Blatt stark, Stück 25 Pf., Duz. 2.75 M.

Dieselben unliniert und liniert, 96 Blatt, Stück 40 Pf.

Dieselben, fariert, 40 Blatt 25 Pf., 96 Blatt 40 Pf.

Dieselben mit Konzeptpapier, unliniert und liniert, 64 Blatt 25 Pf., 112 Blatt 38 Pf.

Oktavhefte, unliniert und liniert 16 Blatt 28 Blatt 48 Blatt

3 Stück 10 Pf. Stück 5 Pf. Stück 10 Pf.

Duz. 35 Pf. Duz. 55 Pf. Duz. 1 M.

Beichenhefte mit blauem Deckel, Stück 10 Pf., mit schwarzem Deckel Stück 30 Pf.

Beichenblocks mit gutem Beichenpapier, Stück 30, 50 und 75 Pf.

Uebungsblock, 12 Blatt stark, 26×33 cm groß, Stück 10 Pf.

Dresdner Schul-Reisszeuge



Erstklassiges Fabrikat
Stück M. 1.25, 1.50, 2.—, 2.25, 2.50, 2.90, 3.50, 4.50
5.—, 5.50 und 6.—.

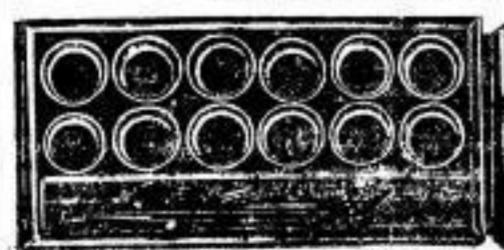
Zirkel-Kasten

Stück 28, 45 Pf.

Reissbretter sowie sämtliche Zeichenartikel
in großer Auswahl.

Mal- oder Tusch-Kasten

in extragrossem Kasten, Stück 10 und 25 Pf.



Tuschkasten mit Farben verschiedlicher Qualität, in kleineren Gefäßen, Stück 30, 40, 48, 60, 85, 95 Pf.

Schul-Tuschkasten (Vierfarben), sieben Grundfarben, Stück 45 Pf.
Dieselbe mit 14 Farben, Stück 90 Pf.

Schul-Tuschkasten zur Feuerwehrmalerei, in Tuben, 6 Tuben 50 Pf., mit 12 Tuben Pf. 1.40 und extra prima M. 2.25.

Pastell-Etuis mit Buntstiften, enthaltend: 6 Stück 12 Stück 18 Stück
Ges. 8 u. 28 Pf. 45 Pf. 75 Pf.

Flüssige Auszichtstusche, prima Farbfarbe, Kaffee-, Karmin-, preußischblau und grün,
Flasche 25 Pf.

Moderne Herren- u. Knaben-Kleidung

Maass - Anfertigung in eigener Betriebswerkstatt

Oberlausitzer Arbeitskleider

empfohlen in großer Auswahl

Oskar Wenk

Dresden, Schäferstrasse 1

Radebeul, Leipzigerstr. 82.

Sparen Sie

Ihr Geld zu

Weihnachten

und kaufen Sie

ohne Geld

tur auf

Teilzahlung

Herren-Anzüge

Herren-Paletots

Joppen u. Hosen

Burchen- u. Kinderanzüge

Schuhwaren

Damen-Paletots

Jacketts, Kostüme

Röcke u. Blusen

bei kleinsten Anzahlungen von 3 M. an.

Auf Kredit

tur im
Größten Kredithaus

H. Fuchs

Neumarkt 6 u. 7.

Kohlen

Böhmisches Braunkohlen

Sorten I und II

In Gabelfackeln, beliebte Hausbrandkohle 0.90

In Schwarzer Feuerbraunkohle 1.05

In Ossegger od. Brucher Feuer-

glanzkohle 1.45

Gelsenritzer Steinkohlen

In gew. Würfel I oder II 1.85

In gew. Körner I
(n. Würfel) 1.90

In gew. Körner II
(n. Rüsse) 1.80

pro hl versch. Haub. oder 6 Pf. mehr
frei Rüsse.

Die Preise vertheilen sich bei Abnahme
nach mindestens 20 hl

Salon-Briketts

In Niederausitzer 7" 10.00

In Meuselwitzer Bourette 6" 9.00

In andere gute 6" Marken 8.50

pro 1000 Stück frei Rüsse.

Alle andere Sorten 1.85

Vornehmster Geschäftsprinzip:
richtiges Wahl und beste

Bedienung.

Deutsch-Böhmisches

Kohlen-Handelsgesellschaft

mit beschränkter Rüfung.

Telephon 209.

Lager: Johannisthaler Ufer

Kai-erstrasse 2.

11
erstklassige Zeitschriften wöchentlich lebhaft
für 20 Pf.
frei Haus!
Journal-Lesezirkel Franken & Lang
Struvestrasse 19. Fernsprecher 4332.

B. Meider, Kunst- u. Handels-Gärtnerei
fr. C. Böttge, Deuben, Bahnhofstr. 12
empfiehlt
blühende Topf- und Blatt-Blumen, Braut- und Kranzbinderei
in geschmackvoller Ausführung. — Billige Preise.

Flimmer-Watte in Tüten, siehe
70 110
a 50 Pf.
Verband-Watte, 100 g 30, 500 g 100 Pf.
Wiederlösfern, Drogen, Kräuter, Gewürze, Preis je
Kilogramm, in allen Farben, von R. 2.80
per Kilogramm.
Bijouterie-Watte in allen Farben, von R. 2.80
per Kilogramm.
Sämtl. geleimte Watten in weiß, hellgrau,
braun und schwarz
per Tüpfel von R. 1.30 an.
Garantiert reine Schafwolle zum Weben in Regen,
Wolle, Jäckel, Jacken, Strickwaren.
Alle Watten zu günstigen Preisen
in Original-Sätzen zu Engrospreisen.
Einen Posten Puppenwagendecken, Satin und Kaschmir,
Einen Posten Steppdecken mit kleinen Garnketten, zu
Herrschungspreisen.
Ferd. Eduard Hänel
Watt- und Steppdeckenfabrik. — Geburt: Mühlhäuser 4.
Verkaufsstellen: Rosenthaler 1 und Ritterstraße 10, 1.
Fernsprecher 9627.

Trautmanns Honigkuchen-Bäckerei

Deuben, Brückenstrasse
empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfest alle Sorten Honig-,
Lebkuchen-, Makaronen- u. Mandelkuchen.

Spezialität: Weihnachts-Figuren
in feinster Ausführung und billiger Preislage.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt!

Zu Weihnachten

sind die nützlichsten Geschenke

SINGER Nähmaschinen



käuflich in unseren sämtlichen Läden
mit dem bekannten „S“-Schild.

Singer Co. Nähmaschinen Akt. Ges.

DRESDEN, Ferdinandstrasse 2, nahe der Pragerstrasse

Wilsdrufferstrasse 4, nahe dem Altmarkt

Dr.-Neustadt, Hauptstrasse 34

Dr.-Johannstadt, Striesenstrasse 30.

Spielwaren! Weihnachtsgeschenke! Wirtschaftsartikel!
... Wirtschaftsartikel! ...

emphiehlt zu billigen Preisen
Mügelner Warenhaus

Emil Bengsch, Bielmarstr. 9.

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an

6 Kabinett, 1 Vergrößerung in Öl, für 8 M.

liefer. Photogroß Richard Jähnig, Marienstrasse 12.

Sonntags von 11—4 Uhr geöffnet.

